

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 29, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3161

Inhalt:

Die Reform der Arbeiterversicherung. — Ein „oller ehrlicher Seemann“ gewerkschaftlicher Einigung. — Forstarbeiter. — Etwas von der Gasanstalt zu Görlitz. — Wie ernähren wir uns am zweckmäßigsten und billigsten? — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Mundschau. — Briefkasten. — Anzeigen. — Zusammenstellung der Resultate der Delegiertenwahl zum sechsten Gewerkschafts-Kongress.

Die Reform der Arbeiterversicherung.

Der vierte allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands tagte am 11. und 12. Mai in Berlin. Es waren 761 Kassen mit 1115 Delegierten vertreten, darunter nahezu ein Drittel Arbeitgebervertreter. Natürlich hatte das preussische Ministerium wieder „keine Zeit“ zur Vertretung. Wahrscheinlich waren gerade eine Anzahl Festessen oder die üblichen Denkmalsentwürfen fällig. Als Gäste waren Vertreter verschiedener Reichstagsfraktionen, des Berliner Magistrats usw. erschienen.

In der Hauptsache galt es den augenblicklich seitens der Regierung in Vorbereitung befindlichen Schlag gegen die Selbstverwaltung der Kassen rechtzeitig zu parieren. Soweit in Preußen-Deutschland dies durch Kongresse und Proteste geschehen kann, ist zweifelsohne namens der vertretenen 7 Millionen Versicherter in aller Deutlichkeit gesagt worden, was gesagt werden konnte. Eine andere Frage bleibt freilich, ob unsere selbstherrliche Regierung oder der samobse Reichstag sich durch die vorgeführten Gründe wird beeinflussen lassen. Das erscheint uns vielmehr nicht gerade sehr wahrscheinlich, und die Magdauensen haben im Reichstag durch ihre systematischen Entstellungen und Verkennungen der „sozialdemokratischen“ Kassenvorstände bereits alles vorbereitet, um die regierungseitig beabsichtigte Aufhebung der Selbstverwaltung unter allerhand „liberalem“ Geschwätz gutzubeißen.

Der Referent über die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung, Arbeitersekretär Gustav Bauer in Berlin, wies an Hand umfangreichen Materials nach, wie die verschiedenen Reformpläne zum Umbau der Arbeiterversicherung wohl ein Zusammenlegen der verschiedenen Versicherungsarten als Ausgangspunkt hatten, daß aber im Laufe der Jahre immer mehr die Aufhebung der Selbstverwaltung als Hauptreform in betrieben und beabsichtigt wird. Dabei haben sich die Anschuldigungen gegen die Krankenkassenvorstände durchweg als haltlos erwiesen. Alle Redensarten von „sozialdemokratischer Mißwirtschaft“ erweisen sich bei näherer Betrachtung als völlig aus der Luft gegriffen. Bauer erklärte mit Recht: Die Sicherstellung der Selbstverwaltung liegt nicht im Interesse einer Partei, sondern im Interesse einer gesunden Entwicklung des Kranken-

kassenwesens. Dieser Ansicht sind nicht nur die Versicherten, sondern alle ehrlichen Freunde der Selbstverwaltung und der Arbeiter. Die Sozialdemokratie würde durch die Beilegung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durchaus nicht geschwächt werden. Nur Haß und Erbitterung würden dadurch erzeugt werden. Die Versicherten haben die Selbstverwaltung lieb gewonnen und sehen darin ein Stück ihres Menschheitsbewußtseins. Würde ihnen dieses Recht genommen, dann würden die Krankenkassen unpopulär werden und in der Versicherung nicht mehr eine Wohltat, sondern ein Zwang empfunden werden. Unter dem Einfluß der Selbstverwaltung haben die Krankenkassen ihre Leistungen von Jahr zu Jahr erweitert, die anderen Versicherungszweige, Invaliden- und Unfallversicherung, haben sich hingegen rückentwickelt. Die Landesversicherungsanstalten sind nur noch Geldsammelplätze und erschweren 70 000 Invaliden die Erlangung der ihnen zustehenden Rente in der ungerechtesten Weise. Die Berufsgenossenschaften haben ihre Aufgaben nicht erfüllt. Sie befinden sich in einem ständigen Kriegszustand gegen die Verletzten und verfolgen diese mit der unfairen Verdächtigung der Simulation. Die Krankenkassen werden immer mehr sozial, die Berufsgenossenschaften immer mehr fiskalisch.

Die Arztfrage wurde von dem Referenten gleichfalls berührt und es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Aufwand der Krankenkassen für die Ärzte von 9 Millionen im Jahre 1885 auf 27,2 Millionen im Jahre 1906 gestiegen ist, viel rascher als alle Leistungen für die Versicherten. Rund 5 Mk. pro Kopf und Jahr werden jetzt an Arzthonorar ausbezahlt. Ohne die Krankenversicherung hätten die Ärzte nie 28 Millionen jährlich aus den Arbeitern herausgeholt. Es ist auch für Stenner der tatsächlichen Verhältnisse interessant, das Auftreten der Ärzte gegenüber den Krankenkassen in Parallele zu stellen mit ihrem sonstigen Auftreten. Da kann man leicht zweierlei Maß herausfinden, und es ist absolut nicht einzusehen, weshalb gerade die versicherten Arbeiter diejenigen sein sollen, die den Ärzten die Taschen füllen.

Diese Frage behandelte eingehender auch der zweite Referent, Abg. Stöckh, der über die Selbstverwaltung sprach. Er wies darauf hin, daß in den ersten Jahren des Krankenkassengesetzes die Arbeiterchaft sich wenig um die Krankenkassen gekümmert hat. Von dem Tage an aber, als die Versicherten angingen, die Bedürfnisse der Mitglieder zu studieren und die Verwaltung der Krankenkassen in ihre Hand zu nehmen, ist ein anderer Geist in die Verwaltung eingezogen, ist ein ganz anderes Ausmaß von Fürsorge für die Versicherten eingetreten. Die Krankenkassen weitestens jetzt, Nützliches und Hervorragendes zu leisten. Sie veranstalten hygienische Kurse, gewähren in weitgehendem Maße Krankenhausbearbeitung und nehmen Wohnungsuntersuchungen vor.

Sie treten jetzt ein in die Bekämpfung des Alkohols, sie arbeiten mit an der Säuglingspflege und der Milchversorgung der Großstädte. Mann und darf es dem Staate gleichgültig sein, ob ein starkes, kräftiges, oder ein schwächliches, degeneriertes Geschlecht heranwächst? Die Krankenkassen wenden ihre Aufmerksamkeit jetzt auch der Schulhygiene und der Brausebäderfrage zu, sie stehen noch im Anfang, aber sie streben danach, das Gesamtgebiet der hygienischen Kultur zu umfassen. Nur die Regierung hat keine Freude an ihren Kindern, die sich so kräftig und gesund entwickelt haben. Sie ist eine Stiefmutter der Krankenkassen, und die Aufsichtsbehörden haben ihre Entwicklung stets mehr gehemmt als gefördert.

Die Darlegungen der beiden Referenten kamen auch bei sämtlichen Diskussionsrednern zum Durchbruch. Besonders wies der Arbeitgebervertreter Dr. Mayer-Frankfurt die unsinnigen Angriffe auf die Massenverwaltungen zurück. Er erklärte auch: Die Arbeitnehmer sind in den Krankenkassen das anregende, vorwärtsdrängende, vorwärtsstürmende Element. Ihre riesigen Erfolge verdanken die Krankenkassen gerade dem überwiegenden Einfluß der Arbeitnehmer. Die Freijünglichen und die nationalliberalen Gemeindevertretungen wählen sich auch keine konservativen oder hierarchischen Oberbürgermeister! Die Beamten der Krankenkassen haben meist glänzend ihre Pflicht getan. Es wäre eine interessante Aufgabe, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der einmal die riesigen Fortschritte der Krankenkassen über die gesetzliche Mindestleistung hinaus dargestellt werden. Dann würden die Regierenden wohl stimmen über die Miesenleistungen der Selbstverwaltung.

Zahlreiche weitere Redner bekräftigten in der Debatte ihr Einverständnis mit den vorstehenden Ausführungen.

Wir geben zum Schluß die auf die beabsichtigte Reform der Arbeiterversicherung bezügliche Resolution wieder, die gegen 1 Stimmen Annahme fand:

„Eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherung ist dringend notwendig. Dabei müssen folgende Grundsätze beachtet werden:

I. Organisation. 1. Wenn auch die Zusammenlegung aller Zweige der Versicherung nach wie vor erstrebenswert ist, so ist auf alle Fälle ihre organische Verbindung vordringlich. 2. Zur Durchführung der gesamten Versicherung sind allgemeine Versicherungsanstalten für räumlich abgegrenzte Bezirke zu errichten. Zur Erleichterung des Verkehrs sollen Zweigverwaltungsstellen je nach Bedarf errichtet werden. 3. Selbstverwaltung auf breiter Grundlage. Für den Fall, daß die Zusammenlegung der Arbeiterversicherung nicht zustande kommt: Zentralisation der Krankenversicherung; gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte; Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken.

II. Verwaltung. Die Arbeiterversicherung den Versicherten unter berechtigter Mitwirkung derjenigen, welche zu den Kosten der Versicherung beitragen. Ausgehend von diesem Grundjah sind die Verwaltungskörperschaften so zu organisieren, daß den Versicherten der maßgebende Einfluß eingeräumt wird. a) Für die Krankenversicherung ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen unter Befestigung der daselbst beschränkenden Bestimmungen (§§ 42, 56a A. V. G.) zu fordern. Die Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge in der Absicht, eine paritätische Organisation der Massenverwaltungen herbeizuführen, ist zu verwerfen. b) Unfallversicherung. Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung. Die Rentenfeststellung ist einer unparteiischen Stelle unter Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu übertragen. c) Invalidenversicherung. Die Vertretung der Versicherten ist auszugestalten. Die bevorrechtigte Stellung der beamteten Vorstandsmitglieder ist zu beseitigen, den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber der ausschlaggebende Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen.

III. Wahlverfahren. Die in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber sind in direkter und allgemeiner Wahl, auf Grund des Proportionalwahlsystems, zu wählen.

IV. Erweiterung des Kreises der Versicherten. Ausdehnung aller Zweige der Arbeiterversicherung auf alle erwerbstätigen Personen mit einem Arbeitseinkommen bis zu 5000 Mk. Für die aus der Zwangsversicherung ausscheidenden Personen Zulassung zur freiwilligen Weiterversicherung.

V. Ausbau der Leistungen und Befugnisse. A. Krankenversicherung. Intensivste Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihrer Angehörigen, auch in bezug auf die Prophylaxe. Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, für die Betriebe hygienische Vorschriften zu erlassen und die Durchführung derselben sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu kontrollieren. B. Invalidenversicherung. Ausgestaltung der Invalidenversicherung zu einer Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung. 1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst 5000 Mk. nicht übersteigt. 2. Ungültigkeit aller privaten Ersatzinstitute. 3. Anerkennung der Berufsunfähigkeit. 4. Die Kosten sind zu gleichen Teilen aufzubringen durch das Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Belastung des Reiches ist aus direkten Reichsteuern zu decken. 5. Die Zahl der Beitragsklassen ist auf zehn zu erhöhen, entsprechend der Erweiterung der Verdienstgrenze. C. Unfallversicherung. Entschädigung ist zu gewähren im Falle eines Unfalles, mag derselbe durch die Folgen der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens verursacht sein, wobei chronische Gewerbekrankheiten als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen sind. Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften beginnt mit dem Tage des Unfalles. Die Leistungen sind auszugestalten. Streitigkeiten. Einheitlichkeit des Rechtsweges für die gesamte Arbeiterversicherung (Schiedsgerichte, Reichsversicherungsamt). Gewährung der Rechtshilfe für alle Träger der Arbeiterversicherung.

Desgleichen wurden Resolutionen angenommen für die Selbstverwaltung der Krankenkassen sowie für den Anschluß der Privatangehörigen an die Arbeiterversicherung. Ferner wird die Heranziehung der Massenvertreter vor Abschluß der neuen Regierungsvorlage zur gutachtlichen Äußerung verlangt.

Wir möchten unseren Kollegen dringend raten, sich mit der vorstehenden Resolution genau vertraut zu machen und in diesem Sinne aufklärend weiter zu wirken. Vom Bülow-Mock wird uns vielleicht schon im kommenden Herbst eine neue Medizin zu schlucken gegeben, die bitter schmeckt, nämlich die Bureaukratisierung der Arbeiterversicherung. Sorgen wir durch „harte Abreibung“ und rege Betätigung dafür, daß wir das Zeug nicht schlucken müssen!

Nachschrift. Wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, werden übrigens die soeben fertiggestellten Grundzüge der regierungsseitig geplanten „Reform“ der Arbeiterversicherung im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ bekanntgegeben. Wir werden in der nächsten Nummer darauf zurückkommen. Nur soviel sei schon jetzt gesagt, daß unsere Befürchtungen in der Tat eingetroffen sind. Man geht im neuen Entwurfe der Selbstverwaltung ernsthaft zu Leibe. Dagegen sich zu wehren, wird Pflicht aller beteiligten Kollegen sein!

Ein „oller ehrlicher Seemann“ gewerkschaftlicher Einigung.

Nach dem Verbandstage 1903 traten die Berliner Markt-Hallenarbeiter aus dem Verbandsverband aus und bildeten einen Lokalverein. Grund hierzu war in erster Reihe die beschlossene Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. In dem Briefe, in welchem der damalige Vorsitzende der genannten Gruppe diese Tatsache der Berliner Zentralkommission mitteilte, wurde auch gesagt, daß, sobald die Gemüter der Mitglieder sich beruhigt hätten, man „unzweifelhaft“ wieder zwecks Einigung in Verhandlung treten wolle. Zunächst müsse jedoch versucht werden, die Kollegen zusammenzuhalten. Ob damals wirklich diese Absichten da waren, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls geschah von Seiten der „Freien Vereinigung der Markthallenarbeiter“ nach dieser Richtung nichts Ernstliches, während von unserer Seite verschiedentlich eine Annäherung versucht wurde.

Im Herbst 1906, nachdem die gewerkschaftliche Zerfahrenheit die sozialdemokratischen Stadtverordneten in der Markthallen-Deputation in eine fatale Lage gebracht und der satzungsbekannt Stadtrat Fischbein die Uneinigkeit der Arbeiter gipflich glossiert hatte.

wurde dann erneut von der Berliner Filiale die Initiative zu einer eventuellen Einigung ergriffen. Dies geschah durch Schreiben vom 20. September 1906. Nach einer mündlichen Aussprache, einem schriftlichen Hin und Her und Zusendung der fixierten Uebertrittsbedingungen der Filiale an die „Vereinigung“, beschloß letztere schließlich eine Resolution am 14. November, welche so sonderbare Bedingungen für die „Einigung“ enthielt, daß man nur von einer Seite sprechen konnte. Kein Wunder, wenn Zweifel an ehrlichen Willen der anderen Seite aufstiegen; sie wurden jedoch zurückgedrängt. Am 22. Januar 1907 beschloß die „Vereinigung“, in Verhandlungen einzutreten, sofern der neue Etat eine Lohnzulage den Markthallenarbeitern bringen würde. Sehen wir von der sonderbaren, geradezu auf den Kopf gestellten Vorgang dieses Beschlusses ab. Die Zulage trat ein und unsere Filiale erinnerte am 18. Mai an den dort gefassten Beschluß. Die Antwort war wieder ausweichend. Man verschlang sich hinter die Mitgliedschaft zum Berliner Gewerkschaftsartikel (Votalisten), dem inzwischen der Parteivorstand die Aufforderung zu Einigungsverhandlungen mit den Zentralverbänden unterbreitet hatte. „Sollte jedoch Partei und Martell zu keinem Resultat kommen, so würden wir nicht abgeneigt sein, im Herbst uns mit dieser Frage zu befassen“ — so hieß es am Schluß. Aber auch im Herbst meldete man sich nicht. Die ganze Sache war damit wieder auf einem toten Punkt angekommen.

Erst ein Vorfall innerhalb der „Freien Vereinigung“ gab neuen Anlaß für die Filialeitung, die Einigungsangelegenheit in Erinnerung zu bringen. Es waren dort 7 Mitglieder ausgeschlossen worden, weil sie sich geweigert hatten, eine Petition zu unterschreiben, deren Grundzüge sie wohl mit beschlossen hatten, die ihnen aber im Wortlaut nicht vorgelesen wurde. Einige von diesen „Sieben“ wollten nun unserem Verbands beitreten. Obwohl deren Haltung in der Unterschriften-Angelegenheit verständlich, ferner aber auch das Ausschlussverfahren sehr fragwürdige Symptome aufwies, die die Auffassung zuließen, daß der ganze Ausschluß wenig planmäßig erschien, wurde doch seitens der Ortsleitung persönlich mit dem Vorsitzenden der „Vereinigung“, Z i e l l e, zunächst Milderung gesprochen, um vor Nachrede geschützt zu sein. Dieser erklärte dann ausdrücklich, daß er so wenig wie seine Vorstandskollegen die Sache so tragisch nähmen und nichts gegen die Aufnahme der Betreffenden einzuwenden hätten. Bei dieser Gelegenheit versprach Z. auf Anregung hin, die Frage der Einigung von neuem anzugehen.

Das ist dann wohl auch geschehen; denn am 4. Februar erhielt Kollege W u k l y die Aufforderung, in der Generalversammlung der „Freien Vereinigung“ am 16. Februar über die Notwendigkeit der Zentralorganisation zu referieren. Natürlich wurde gern zugestimmt, denn wenn man's so las, da wollt es leidlich scheinen. Die Ortsverwaltung glaubte eben, daß ein ehrlicher Wille dahinter stecke. Die Zukunft lehrete, wie sehr recht die Zweifel hatten. Nachstehend die Beweise, wie von gewisser Seite im Gegenteil alles versucht wurde, die Einigung zu hintertreiben.

Entsprechend der Aufforderung referierte Kollege W u k l y in der vorbenannten Generalversammlung der „Vereinigung“ und fand lebhaften Beifall. Als erster Redner in der Diskussion sprach dann der Vorsitzende Z i e l l e, aber anstatt die vorhandene Stimmung zu benützen und — dem schon 1903 selbst gegebenen Versprechen nachkommend — den Wiederanschlus der Markthallenarbeiter an den Verband zu fördern, ging er mit einem ungewöhnlichen Aufwand von Kungenkraft auf den letzteren los, dabei in der Hauptsache von „ollen Manellen“ aus der damals infolge der Absplitterung entstandenen Kontroverse zwischen hüben und drüben zehrend. Gewaltig übel nahm er es auch der neu gebildeten Markthallenarbeiter-Gruppe des Verbandes, daß sie am 2. Februar eine Versammlung abhielt — mit welchem Recht, blieb unerwähnt. Unbequem mochte es ihm ja sein, wenn diese neue Gruppe sichlich erklärte; doch war das nur natürlich bei der merkwürdigen Art, mit der die „Vereinigung“ unter der „Aloreichen“ Führung Zielles operierte. Am Schluß glaubte er dann einen Haupttrumpf auszuspielen, indem er entriest es ablehnte, mit Leuten im Verbandszusammenarbeiten, welche eine anrüchliche Freundschaft mit dem „Alexanderplatz“ (Kollizipräsidentium) war gemeint verbunden. In gleicher Weise betätigten sich ein paar andere Vorstandsmitglieder bei der Diskussion über den eventuellen Zusammenschluß. Andererseits traten Kollege P e r f o l d, der 2. Vorsitzende der „Vereinigung“, und andere für die Einigung ein. Genaug nachdem der Referent nachdrücklichst erwidert hatte, die alten Dinge nun endlich auszuschalten, im übrigen aber die Namen der angeblichen Alexanderplatzfreunde nicht Material zur Verfügung zu stellen, beschloß die Versammlung, in Einigungsverhandlungen mit unserem Verbands einzutreten. Es war also zum Handeln endlich die Bahn frei. Die Berliner Filialeitung war aber nicht wenig erstaunt, als sie am 7. März nachstehenden Brief erhielt:

Berlin, den 6. März 1908.

Berter Kollege!

Betreffs der Einigungsverhandlungen haben wir Ihnen folgendes mitzuteilen. Da die Beitragserhöhung die Hauptfrage bei den Verhandlungen ist, sehen wir uns gezwungen, eine Mitgliederversammlung einzuberufen und dieser folgenden Beschluß vorzulegen:

Die heute tagende Mitgliederversammlung der städtischen Markthallenarbeiter beschloß wie folgt: „Bei Uebertritt in den Zentralverband werden die Beiträge auf 30 Pf. und am 1. Januar 1909 auf 40 Pf. und 5 Pf. für die Sektion erhöht. Dieser Beschluß wurde mit 42 gegen 6 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt.“

Berter Kollege! Sollten Sie eine Verhandlung noch für zweckdienlich halten, wollten wir Sie ersuchen, uns davon zu benachrichtigen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

gez. Z i e l l e. Krüger. Richter.

Dieser „Beschluss“ ist der Ausfluß eines ganz besonderen Demagogentums. Mit keinem Wort war bisher verhandelt worden und die Ziele und Genossen legten der Versammlung einen Antrag vor, in dem sie schon die Beiträge im voraus bestimmten, ohne zu wissen, ob der Zentralverband solche Bedingungen stellen würde! Das Räuber war denn doch zu plump, als daß man nicht dahinter hätte kommen müssen, ist doch der „Einigungsfreund“ von 1903 so weit gegangen, in dem famosen Antrage gleich noch 5 Pf. mehr Beitrag einzufordern, als unsere Berliner Filiale einschließlich Votalzuschlag erhebt; er beabsichtigte eben, seinen Mitgliedern den Gedanken des Anschlusses gleich recht gründlich zu verfeinern. Interessant ist auch, daß eine Mitglieder-Versammlung den Beschluß der Generalversammlung vom 13. Februar einfach illusorisch machte. Um nun zu sehen, wie weit das ganze für die Zustände in der „Freien Vereinigung“ bezeichnende Spiel noch entwicklungs-fähig ist, schrieb die Filialeitung am 25. März, daß sie nach wie vor von der Zweckmäßigkeit der Verhandlungen überzeugt sei, und ersuchte den Vorstand der „Vereinigung“, im Sinne des General-versammlungsbeschlusses derselben zu verfahren. Dem Schreiben wurde auch noch die Aufforderung hinzugefügt, den Alexanderplatzfreund namhaft zu machen und das bezügliche Material zur Verfügung zu stellen, um eventuell das Ausschlussverfahren gegen diesen einzuleiten. Bis heute ist eine Antwort auf dieses Schreiben nicht erfolgt. Wie der Vorstand der „Vereinigung“ seine Gabelkeit ge-trönt hat, ist uns natürlich trotzdem sofort bekannt geworden. In einer statutenwidrig — ohne Angabe einer Tagesordnung! — einberufenen Generalversammlung am 7. April kam es zunächst zu einem Antrag. Der zweite Vorsitzende P e r f o l d, den man wegen seiner aufrichtigen Sympathien für die Einigung in letzter Zeit völlig kalt gestellt und zu keiner Vorstandssitzung geladen hatte, protestierte gegen diese Machenschaften, drang aber nicht durch, sondern wurde von der Zielleschen Schutztruppe niedergeschrien. Z i e l l e selbst sagte, daß ja eine Generalversammlung auch gar nicht geplant sei — man habe sie nur so genannt (!), was die später vorgenommene „Vorstandswahl“ wiederum nicht hinderte. Diese letztere ist übrigens auch ein Dokument für die Gespinntheiten, welche nach Ansicht der Votalisten bekanntlich nur zentralistische „Führer“ fertig bringen; man ließ nämlich zunächst nur die drei „Ersten“ wiederwählen (alles Ziele-Getreuen!) — über die Stellvertreter-Kandidaten mußte sich erst noch der „Vorstand“ (die gewählten drei natürlich) schlüssig werden, so sagte der Vorsitzende und vertagte den Rest der Wahl. Man sieht, er versteht das Schieberrad aus dem ff! In dieser aus Statuten- und Geschäftsordnungsbrüchen zusammengesetzten Versammlung referierte der Vorsitzende auch über den Brief unserer Ortsverwaltung und mühte sich „redlich“, den unbequemem Generalversammlungsbeschluss vom 16. Februar ganz totzuschlagen. Hohe Beiträge, der Sektionsleiter des Verbandes, eine die Markthallenarbeiter schädigende Petition von seiten der Verbandsfiliale — alles Dinge, die in der aufgewegten Phantastie des Mannes herumspulpen, in der Wirklichkeit aber nicht bestehen — mußten herhalten, um schließlich die Luertreibern zum gewünschten Ziele zu führen. Nachdem eine Reihe Mitglieder, angewidert von dem ganzen Treiben, die Versammlung verlassen hatten, beschloß diese Uebergang zur Tagesordnung. Festangelt zu werden verdient noch, daß der Schluß des Briefes der Filialeitung, in dem das Material über den Alexanderplatzfreund verlangt wird, der Versammlung unterschlagen wurde. Herr Z i e l l e wird wissen, warum! Um so unerträglicher ist es, wenn am Schluß des Versammlungsberichts vom 7. April in der den Namen „Einigkeit“ zu Unrecht führenden lokalistischen Zeitschrift zu lesen steht:

„Öffentliche Antwort auf das Anschreiben des Gemeindearbeiterverbandes vom 25. März etc.“

Herr W u k l y, bitte lesen Sie „Die Gewerkschaft“, Nummer vom 10. Februar 1901, Beilage, unter dem Titel „Achtgroßentungen in den städtischen Markthallen“.

Denn Z i e l l e weiß so genau wie wir, daß die späteren gerichtlichen Feststellungen den sogenannten „Achtgroßentungen“ in ganz anderem Lichte zeigten — er weiß auch, daß dieser, Z e h s e mit Namen, genau so schuldig und unschuldig in der damaligen Affäre war, wie sein Antimus Mabelmacher — er weiß ferner, daß der „Achtgroßentunge“ anstandslos im März 1901 als Mitglied der „Freien Vereinigung“ aufgenommen wurde und dieses bis zum Januar 1906 war! Wozu also die Räuberei? Nur zur Stimmungsmache gegen die verhasste Einigung, von der man den Sturz gewisser Götter — mit Recht — fürchtete.

Nach diesen Erfahrungen braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß die Langmut der Berliner Ortsverwaltung schließlich ihr Ende fand. Hier war Hopfen und Malz verloren, deden doch die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ die Verstöße ihres „Vorstandes“ gegen das eigene Statut mit rührender Einfichtlosigkeit. Jetzt hieß es, ohne die Zelle und Genossen, in Gemeinschaft mit den denkenden Kollegen unter den Markthallenarbeitern zum Ziele zu gelangen.

Die erste Probe aufs Exempel ist am 14. April bei der Arbeiter-Ausschusswahl gemacht worden, deren Resultat überraschend war — in erster Linie sicher für die „Vereinigung“. Um ein Paar Wären ihre Namen aus dem Sattel gehoben worden: 59 Stimmen erhielt die Liste unserer neuen Gruppe, während die Kandidaten der anderen Seite mit 61 Stimmen „gewählt“ wurden. Nur frage man nicht: wie?! Die niederröchigste Wahlmache mußte herhalten; denn man brachte es fertig, äußerlich auf den ersten Blick feindliche, und zwar braune Stimmzettel auszugeben. Diesen schamlosen Gewaltakt ergänzte ein „Gericht“, wonach jeder, der die Verbandsliste wählte, aus der „Freien Vereinigung“ fliegen sollte. Angesichts dieser Stücken kann es nur spasshaft wirken, wenn in der „Einigkeit“ vom 25. April „mehrere Kollegen“ in einer Sammelprobe die Feststellungen unseres Flugblatts zur Arbeiter-Ausschusswahl zu entkäften versuchten. Wozu übrigens das Pseudonym: wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch den Verfasser. Das ist Sündlich auf die Wahl begreiflicherweise vorzutun schäumende Pamphlet besteht zu einem erheblichen Teil aus persönlichen Invektiven, die lediglich ihren Erzeuger ins rechte Licht rücken und zu dumm sind, um auch nur mit einem Worte darauf einzugehen. Der Rest des erbarmungswürdig hilflosen Geschreibels widerlegt nicht, sondern bestätigt durchaus die Angaben unseres Flugblattes. Mörtlich und bezeichnend für die Hakenammerbestimmung der Zielreichen Helfershelfer aber ist der Schluss des sogenannten „Eingekauft“. Da heißt es:

„Wir stehen noch immer auf dem Standpunkt, wenn die ausgeschlossenen Kollegen kommen und sich verpflichten, die betreffende Petition unterschreiben zu wollen, sie mit Ausnahme eines einzigen mit allen Rechten und Pflichten wieder aufgenommen werden.“

Wie anädig! Also jetzt, nachdem schon auf die betreffende Petition die abschlägige Antwort vorliegt, genügt noch die Unterschrift der Hausgeворtenen, um in Gnaden aufgenommen zu werden. Den Gewerkschaften muß doch der Boden unter den Füßen bedenklich wanken, wenn sie sich von solchen Sirenenjängern Erfolg versprechen. Gelsen wird's ihnen nichts, des können sie sicher sein; denn die Einmütigen unter den Markthallenarbeitern haben es satt, es mit solchen Arbeiterverfätern weiter zu halten, die im radikal-losaltinischen Fahrwasser zwar schwimmen, denen im übrigen aber die Nasenbewußte Arbeiterbewegung ein Buch mit sieben Siegeln ist. Sie kennen ihren Spiegelberg jeht.

Der Tragödie „Freie Vereinigung und Wahlrechtsbruch“ zweiter Akt steht kurz bevor; denn dem von den Verbandskollegen eingereichten Protest hat die Markthallendeputation Folge gegeben und die Wahl laßiert. Es wird also demnächst von neuem zu wählen sein. Die Kollegen unserer neuen Gruppe werden mit aller Energie an die Sache herangehen, um mit der Eroberung des Arbeiterausschusses wieder gesunde Grundlagen für denselben durch eine mit der organisierten Gesamtorganschaft Berlins übereinstimmende Taktik zu schaffen. Kort mit der Zerstückelung, hoch die gewerkschaftliche Zentralorganisation! Das soll in Zukunft die Parole sein, mit der auch die Berliner Markthallenarbeiter den wirtschaftlichen Kampf führen. W.

Forstarbeiter.

Unser Eindringen bei den Waldbauern liegt dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband sehr schwer im Magen. Bei der erstaunlichen Virtuosität, die dieser Verband auf dem Gebiete der Arbeiterzerstückelung entwickelt, und bei dessen Bestreben, die ganze Welt und noch einiges zu organisieren, wurde er von den eigenen christlichen Mitbrüdern schon des öfteren ziemlich derb auf die Finger geklopft. Nun glaube der christliche Verband, die gewerkschaftlich noch ziemlich ungeklärten Waldbauer für sich tapern zu können; aber er muß sehen, daß ihm auch hier die freien Gewerkschaften schon haet auf den Fersen sind, so daß es mit dem „Eintreten der freien Gewerkschaften in den großen Städten“, welches Phantasieprodukt jüngst der Redaktionsstube der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ entsprang, noch seine guten Wege hat.

Ueber die Unarten der christlichen Gewerkschafts- und der in ihrem Solde stehenden Zentrumspreffe regt sich heute fowieso kein Mensch mehr auf; man schüht solche Dinge ohnehin bereits in der breiten Öffentlichkeit als das eiz., was sie auch wirklich sind, so daß man sich dabei begnügen kann, mal da und dort den Herrschaften die Hosen — natürlich nur in bildlichem Sinne — auszulupfen.

Mit Vorliebe werden durch die Provinzpreffe gefäßige und entstellte Berichte gegen die freien Gewerkschaften gejagt, um ihnen auf diese Art und Weise den Eingang bei der mehr ländlichen Bevölkerung zu erschweren. Und einige solche Berichte sind es, an denen wir die Praktiken des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes etwas beleuchten wollen, damit auch unsere Kollegen eine gewisse „Anechlichkeit“, von welcher der größte Mann des Jahrhunderts, Herr Johannes Wolf, Verfasser der „geistigen Waffen im Kampf um Prinzipien“ und seines Zeichens Redakteur der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ jüngst in Tieschen am Ammersee zu sprechen beliebte, kennen lernen.

Die „Gewerkschaftsstimme“ brachte im April d. J. einen Artikel über die unfererzeits im bayerischen Wald veranstalteten Holzhaueverfasslungen, der dann durch den „Bayerischen Kurier“, das „Münchener Tageblatt“ und die ganze zentrumliche Provinzpreffe die Runde macht. Darin schrieb der christliche Verband in offenkundiger, nicht zu verkennender Nebenabsicht: „... Von ferne sah man eine mit zwei Schimmeln bespannte Karosse; dieser entstieg Herr Sebald aus München... und später heißt es: ... der nunmehr mit seiner schimmelbespannten Karosse so schnell als möglich dem Boden von Alingbrunn Palet sagte...“ Abgesehen davon, daß der Satz sogar eine faulstide Unwahrheit darstellt, wollte zweifellos damit zum Ausdruck gebracht werden: „Da seht Ihr, wie Eure Gelber verwendet werden.“

Mancher, der eben die primitiven Verkehrsrichtungen und mangelhaften Verbindungen, sowie die sehr beträchtlichen Entfernungen nicht kennt, mag vielleicht sogar an eine Geldverwendung denken. Da aber dem christlichen Verbands die Verhältnisse sehr wohl bekannt sind, so ist es als eine grobe Anechlichkeit zu betrachten, derartige, in Anbetracht der nur äußerst beschränkt zur Verfügung stehenden Zeit unvermeidliche Maßnahmen mit solch demagogischer Hinterlist zu mißbrauchen.

Verlesen wir uns ein halbes Jahr jurüd. Es war in den ersten Tagen des Dezember 1907, als der im Bureau neben dem Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ sitzende christliche Sekretär Weigler im bayerischen Wald mit unserem Kollegen Sebald zusammentraf. Und was sagte Herr Weigler: „Jetzt soll ich um 12 Uhr schon in St. Oswald, um 2 Uhr aber wieder in Neuschönau sein, ich muß doch sehen, daß ich in Spiegelau ein Fuhrwerk aufstreifen kann“. Das war eigentlich auch ganz natürlich und verständlich, so daß wir schon bitten müssen, in Zukunft etwas mehr Ehrlichkeit walten zu lassen. Nicht wahr, Frau Nachbarin?

Auch ein klein bißchen mehr Logik wäre sehr am Platze, denn es macht sich verdammt schlecht und ein gewissenhafter Lehrer würde einem Schüljungen mit Recht den „Hintern“ verfohlen, wenn er, wie in dem erwähnten Artikel zu lesen, folgenden unlogischen Gedankengang entwickeln würde: „Die Holzhaue glaubten, eine christliche Versammlung vor sich zu haben, doch war dafür gesorgt, daß der sozialdemokratische (!) Redner seine Sprüche nicht unüberlegt machen dürfte.“ Aber wie gesagt, wir regen uns darüber nicht auf, und wenn den Mitgliedern des christlichen Verbandes eine solche Note zusetzt, so ist das deren eigene Sache, und uns kanns auch recht sein.

Auch sonst verlesen Herrn Johannes Wolf das sprichwörtliche Zehnerepoch. Wurde da im April d. J. mit großem Tamtam und vielen Inzeraten in Elbbach bei Nießbach eine große Waldarbeiterversammlung angekündigt. Herr Johannes Wolf wollte dort einen großen Speech halten; leider waren nur sehr wenige Waldarbeiter da, und zu allem Ueberdruß wurde dem christlichen Redakteur von einem ganz einfachen Arbeiter — unserem Kollegen Schamberger-Talham — nach allen Regeln der Kunst heimgeleudtet, so daß der Herr Referent ganz perplex war und sich schließlich als Erfolg 00 herausstellte. Und nicht anders ging's unserm Patienten am 10. Mai in Tieschen a. Ammersee. Dort war unfererseits eine Versammlung der Holzhaue einberufen, in welcher Kollege F. Weich München referierte. Herr Wolf aus dem christlichen Lager wird sich gedacht haben: „Was, Weich-München, der ist mir noch ganz unbekannt und wahrscheinlich ein Neuling, da geh ich hin, doch ihm gehörig zu, nehme die Mitglieder für meinen Verband auf und bedanke mich für die Mithelaltung der Herren Gegner.“ Allein, Freund Wolf hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die Sache kam gerade umgekehrt, wie er sich gedacht haben mochte, weswegen er sich nun in seiner „Gewerkschaftsstimme“, die eigentlich viel zweckmäßiger den Namen „Sinkender Vole“ annehmen würde, nach Herzenslust ausweint!

Kollege Weich sekte ihm derartige zu, daß er seinen Faden Zeitungen, Flugblätter, Aufnahmeheftchen wieder sein säuberlich nach Hause tragen konnte, wenn er nicht nachträglich vorzog, diese meuchlings in den Ammersee zu versenken. Denn selbst auch in den

ländlichen Gegenden haben die Arbeiter und ebenso auch die Holzhauer kein Bedürfnis mehr nach Arbeiterzerpflüchtung oder gar nach dem Gladbacher Kitatensack, den Herr Wolf mit Vorliebe zu schwingen geruhet. Kann man sich denn überhaupt etwas Jämmerlicheres denken, als wenn ein solcher Mann, der sich gewissermaßen als die verkörperte Weisheit betrachtet, in einer ländlichen Versammlung sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als mit Worten zu operieren, die irgend jemand irgend wann und wo ausgesprochen haben soll. Auch ist es nichts anderes als Verdröpfung von Tatsachen, wenn Herr Wolf damit operieren wollte, daß unsere Vertreter im bayerischen Landtag das Budget ablehnen, weil er doch wissen muß, daß damit eine prinzipielle Erklärung zum Ausdruck kommt. Und übrigens tun daselbe auch die Zentrümker im Münchener Rathause, obwohl es deswegen keinem Menschen einfallt, zu behaupten, daß sich daraus allein eine Gewerkschaft gegen die Arbeiter herleiten läßt. Zum Schluß appellierte Herr Wolf an den katholischen Glauben der Holzhauer, als wenn die in unserem Verbandsorganisierten Kollegen Mohammedaner wären. Wehmalts kostete es dem Vorsitzenden Mühe, die aufgebrauchten Holzhauer zu beruhigen, damit Herr Wolf weiterreden konnte.

Nun schreibt ebenderselbe Herr Wolf in der „Gewerkschaftsstimme“ einiges über die Ausführungen unseres Kollegen Reich:

„Der Jolltaris, den die bürgerlichen Parteien angenommen haben, hat auch den Holzhauern alles leichter gemacht. Auf dem Lande ist alles genau so teuer, wie in der Stadt. Das Pfund Fleisch kostet in Tieschen ebensoviel, wie in München. Eure Arbeitszeit ist zu lang, auch müßt ihr noch schwerer arbeiten, wie die Arbeiter in der Stadt. Seht die Bauhilfsarbeiter, die haben nun 41 Pf. pro Stunde durch ihre harte Organisation erreicht. Auch die Holzhauer brauchen mehr Lohn. Unsere Partei hat dafür georgt, daß die Löhne der Staatsarbeiter erhöht wurden. Das Zentrum einschließend der christlichen Arbeiterführer aber hat alle weitergehenden Anträge niedergestimmt, sonst wäre mehr geschehen. Da müßt es Euch selbst zu rühren und Euch dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen usw.“

So der Sinn in der „Gewerkschaftsstimme“ in einer Aufmachung, als ob das nicht wirklich so wäre. Alles das ist doch eine unbestreitbare Tatsache, und wenn man im christlichen Lager anders denkt, wenn man dort meint, die Holzhauer seien nicht in dieser prekären Lage, nun, dann haben die Herrschaften wirklich noch nichts aus der Bewegung der Waldarbeiter gelernt, und letztere werden darüber zur gegebenen Zeit schon quittieren.

Zu dieser Versammlung in Tieschen wurde unsererseits mittels Inserats in der Provinzpresse eingeladen. Und darüber entruhet sich derselbe Herr Wolf, der mit seinen Schmähartikeln die ganze Provinzpresse füttert und gegen die freien Organisationen aufhetzt. Werthwürdig ist auch, daß er selbst von sich in Tieschen behauptete, er gehöre dem Zentrum nicht an, dann aber dieser Freizüchtling in seinem Organ Vorschriften machen möchte. Es heißt da in der „Gewerkschaftsstimme“:

Nur diese Versammlung hat die Zentrumspresse, wie so oft auf dem Lande, wieder einmal die Melanctrommel gerührt. Aus Versehen natürlich, wie immer. Dieselbe Presse, die hier so oft mit Versehen arbeitet, ist aber auch schuld an der gänzlichen Arbeitslosigkeit der Rassel (Freund! Die Leute hatten ein sehr gutes Urteil). Wenn sie ihren Lesern wenigstens einmal die Grundbegriffe der Volkswirtschaft und Geschöpfung beibringen wollte, dann wären solche törichtsten Begriffe, wie sie auf dem Lande jutage treten, nicht möglich. Was die Presse hier verkümmert, wird sie noch einmal bitter büßen. Wenn sie selbst ihre Aufgabe absolut nicht erfassen will, dann wird am letzten Ende die christliche Arbeiterkraft noch ein Mittel suchen müssen, um diese Presse erheblich zu machen. („Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“) so zittert gewöhnlich in solchen Fällen die „Gewerkschaftsstimme.“ Diese ewigen Versehen wachsen sich nachgerade zu einem Skandal aus.“

Tazu müssen wir uns schon die Frage gestatten, ob es ein ehrlicher Kampf ist, wenn man sozusagen die freien Gewerkschaften dadurch mundtot zu machen sucht, daß ihnen sogar der Inseratenteil der Provinzpresse, die im Dienst der christlichen Gewerkschaften Geist und Galle speit, verschlossen werden soll?

Und nun fragen wir nach den sonstigen praktischen Erfolgen des christlichen Verbandes bei den Holzhauern. Wir wissen nur, daß sich der Vorsitzende des christlichen Verbandes im Landtage stets bemüht, sich als Regierungs-Kommissar zum Schaden der Arbeiter aufzuspielen, wenn es sich um diese dreht.

Dann brüstet sich der christliche Verband wegen des Vorfalles im Postamt Ager; allein, in diesem Falle hätte ein Staatsanwalt bessere Dienste getan und man hätte wirklich keinen christlichen Verband gebraucht. Aber wir im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter können konsta-

tieren, daß wir eine Reihe von Mitgliedern zählen, die als Holzhauer heute schon einen Lohn von 3,30 bis 4,30 M. beziehen; ein Erfolg, der nur auf die Organisationszugehörigkeit dieser Kollegen zurückzuführen ist. Denn wenn der Herr Wolf gestatten, so haben wir hier in Südbayern allein eine solche Zahl von Holzhauern in unserem Verband, wie man sich im christlichen Lager nicht träumen läßt. Und täglich werden es mehr. Denn auch die Holzhauer haben die Zwecklosigkeit des christlichen Verbandes erkannt und schließen sich nunmehr dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Was auch das allein richtige ist!

J. G.

Etwas von der Gasanstalt zu Görlitz.

In der Görlitzer Gasanstalt sind umfangreiche Entlassungen von Arbeitern erfolgt. Gleich neun Mann ist mit einem Male gekündigt worden. Als Entlassungsgrund muß der sattem bekannte „Arbeitsmangel“ herhalten. Wie anderwärts auch, sind es eigentümlicher Weise immer die organisierten Arbeiter, die diesem Arbeitsmangel zuerst zum Opfer fallen. Das gibt zu denken. In diesem Falle gebraucht man noch die Ausrede, daß das neue Gaswerk II so mit allen Errungenschaften moderner Technik ausgestattet sei, daß man mit äußerst wenig Arbeitskräften instande wäre, den gesamten Gaskonsum zu decken.

Das ist ja sehr schön gesagt, beweist jedoch durchaus nicht, warum man auch Leute mit entlassen hat, die acht Jahre im Gaswerke beschäftigt sind. Und wenn die Einrichtungen wirklich so modern sind, warum war man da nicht auch so modern und führte den Achtstundentag ein?

Wie hinsichtlich die obige Ausrede ist, zeigt sich auch noch darin, daß bei der Inbetriebnahme des neuen Werkes eine ganze Anzahl neuer Arbeiter eingestellt wurden. Diesen hat man gesagt, sie hätten ein dauerndes Arbeitsverhältnis, entlassen würde niemand mehr. Rüste man damals noch nicht, daß man mit wenig Leuten instande wäre, den Betrieb aufrechtzuerhalten, oder bestand schon damals die Absicht, die alten Leute zu entlassen? Diese haben sich die langen Jahre in der Hoffnung auf ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit geringer Entlohnung zufrieden gegeben. Jetzt entläßt man sie, nachdem sie lange Jahre ihre besten Kräfte der Stadt zur Verfügung gestellt haben. Da man die alten Leute, wenn angeblich in der Gasanstalt keine Arbeit für sie vorhanden war, auch nicht in einem anderen Betrieb der Stadt weiter verwendete, so bleibt nur die Vermutung, daß man sie los sein wollte. Das läßt weiter den Verdacht aufkommen, die Leute wurden entlassen, um die neu geschaffene Altersversorgung nicht zu belasten, und daß auch der in Aussicht gestellte Sommerurlaub nicht von allzuvielen in Anspruch genommen werde. Nebenbei bemerkt, obgleich die Beschlüsse des Stadtverordnetenkollegiums in diesen beiden Fragen schon im Dezember gefaßt wurden, hat man es noch nicht für notwendig erachtet, dieselben den Arbeitern in geeigneter Weise bekannt zu geben.

Der eine der Entlassenen nahm seine Mündigung nicht so ohne weiteres hin. Er war recht neugierig und wollte ganz genau wissen, warum man gerade ihn nach achtjähriger Beschäftigung entlasse, andere ganz bedeutend dienstjüngere Leute aber an seine Stelle setze. Der Direktor der städtischen Werke, der Herr Ingenieur Dr. Kellner, konnte oder wollte leider seine Neugierde nicht befriedigen. Im Verlauf einer langen Unterredung erklärte er: „Na, mein Lieber, ich kann Ihnen ja nicht mal auf jede Ihrer Fragen antworten. Die Betriebsleitung wird schon ihre Gründe haben. Jedenfalls haben Sie „Meden“ gehalten oder sich politischer „Umtriebe“ befleißigt; beides kann aber nicht geduldet werden!“

Nun, der Entlassene hat seine Zugehörigkeit zur Organisation nicht verleugnet, er hat auch zugegeben, in den Pausen sich gesprächsweise mit seinen Kollegen über die Organisation unterhalten zu haben. Aber „Meden“ hat er nicht gehalten und auf „politische Umtriebe“ kann er sich erst recht nicht besinnen. Jetzt wandte sich der Kollege schließlich an den Magistrat und ersuchte um Zurücknahme der Mündigung, oder zum mindestens um Weiterbeschäftigung in einem anderen städtischen Betriebe. Der hochwohlbornliche Magistrat hat sich nun endlich nach drei Wochen zu nachstehendem Antwort bequemt:

Der Magistrat. Tagebuch Nr. IV. 863/08.

Görlitz, den 12. Mai 08.

Erwidern auf das Schreiben vom 5. Mai 1908.

Die Ihnen gegenüber ausgesprochene Mündigung vermögen wir nicht zurückzunehmen. Im Gaswerk mußten bei Beginn der helleren Jahreszeit eine Reihe von Leuten entlassen werden. Da es nun uns zu Ehren gekommen ist, daß Ihnen der Weg zum Gaswerk II zu weit ist und es auch wiederholt zu spät in die Arbeit gekommen sind, so ist es selbstverständlich, daß neben den zuletzt eingestellten Arbeitern auch denen gekündigt wird, die ungenügend in dem Betrieb arbeiten. Dies ist bei Ihnen der Fall. (Unterschrift nicht zu lesen.)

Es ist wirklich rührend, wie fürsorglich doch der Magistrat ist. Da ihm zu Ehren gekommen ist, daß Holz der Weg zu weit sei, nun, da nimmt man Rücksicht und entläßt ihn; nach achtjähriger Dienstzeit! Was das Zutreffende anbelangt, so ist Holz vor vier Monaten einmal 7 Minuten später gekommen. Es sind also alle Stamellen, die man hier vorbringt, um die Maßregelung zu verfeinern.

Im Dienste hat sich der Kollege nichts zu Schulden kommen lassen, sein Führungsergebnis beweist dies. Hier steht geschrieben: „Mit seinen Leistungen waren wir zufrieden und sein Verhalten gab zu Mägen keinen Anlaß.“

Nach allen diesen Begleitumständen kann man nur zu dem einen Schluß kommen, nach „berühmten“ Müttern will man die städtischen Betriebe von organisierten Arbeitern säubern. Die Versicherung: „Jetzt sind wir die Verbandsbrüder los!“ ist bezeichnend dafür. Nun, dieser löbliche Plan dürfte aller Voraussicht nach nicht gelingen, da müßten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gar so verbesserungsbedürftig sein. Wenn man gleich die organisierten Arbeiter entläßt, die Neueinstellenden werden sich auf Grund der schlechten Verhältnisse notgedrungen gezwungen sehen, sich der Organisation anzuschließen, um Abhilfe zu schaffen. Ohne Organisation ist eben nicht auszukommen.

Zum Schluß noch eins. Den Entlassenen kann nicht das geringste Nachteilige vorgehalten werden. Sie waren pünktlich und nüchtern, das beweisen ihre Zeugnisse. Wir wissen jedoch, daß speziell die letztgenannte Eigenschaft nicht bei allen übrigen zu finden ist; selbst bei Personen nicht, die ihrer Stellung nach sich anders benehmen sollten. Deutlicher wollen wir für heute nicht werden.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Die Gasanstalt Schmaragdendorf hielt am 14. Mai eine Betriebsversammlung ab. Kollege Schulz referierte über „Sozialpolitik der Stadtverwaltung“. Den Bericht des Arbeiterausschusses erstattete Kollege Mäpfe. Ueber die all-gemeinen Anträge wird in der nächsten Nummer berichtet werden. Auf Grund der gestellten Anträge aus dem Betriebe wurde von der Direktion zugesagt, auf der Pfeilerbahn bei Gelegenheit der Einrichtung eines Kohlenstuppens einen Unterflurraum sowie eine Wadeneinrichtung für die Handwerker zu errichten. Für die Reinigungsarbeiter Ausgabe von Handschuhen wie für die Betriebsarbeiter vor-

zunehmen, wurde abgelehnt. Warum die Ausgabe von ein paar Mark pro Jahr nicht bewilligt wird, mögen die Götter wissen. Die Ablehnung dieser sicher bescheidenen und wohl begründeten Forderung durch die Direktion gründet sich darauf, daß sich von vornherein der einzelne Dirigent den Wünschen der Kollegen gegenüber ablehnend verhält. Die Diskussion ergab ein anschauliches Bild, wie gerade in den sanitären Einrichtungen und den Unfallverhütungsvorschriften alles zu wünschen übrig bleibe. Minderung der zum Himmel schreienden Zustände kostet freilich Geld. Die Schäden dieser Sparameisenspolitik tragen die Arbeiter. In der Gasanstalt Schmaragdendorf stieg in den Jahren 1906 und 1907 die Zahl der Arbeiter von 491 auf 545, das sind 11 Proz.; die Zahl der Erkrankungsfälle von 288 auf 360, d. h. um 25 Proz.; die der Unfälle sogar um 60 Proz. von 30 auf 48 Fälle. Daneben trat noch eine ganz bedeutende prozentuale Steigerung der Krankentage in die Erscheinung. In den Zeiten sinkender Konjunktur spart man indirekt durch intensivere Ausbeutung des einzelnen. Die Arbeiter zahlen das mit ihrer Gesundheit. Der letzte Punkt der Tagesordnung zeigte die Verwaltung in engerer Verbindung mit dem Privatkapital. Der hier domizilierenden Luftschiffahrtsgesellschaft werden die Gasarbeiter als Kollsträfte zugewiesen. Die Gasarbeiter erhalten für die Arbeit des Füllens und so weiter den Lohn für 1 oder auch 1½ Stunden. Würde die Gesellschaft Arbeitsträfte annehmen, würde sie mindestens einen halben Tagelohn bezahlen müssen. Die Tatsache an und für sich ist eine schöne Illustration für die Arbeitslosenfürsorge der Berliner Stadtverwaltung. Wo die Arbeitslosen sich einige Mark verdienen können, kommandiert man städtische Arbeiter zum Vorteil des Privatkapitals. Da aber bei den drohenden Unfallmöglichkeiten die städtischen Arbeiter sehr leicht zu Schaden kommen können, hat die Stadtverwaltung die Pflicht, diesen Dingen ein Ende zu bereiten. Das Fazit der Versammlung zog der Vorsitzende dahin, daß mehr wie bisher die zuständigen Verwaltungsstellen an die Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zu erinnern seien. Das beste Wohn- und Wahrzeichen bleibt natürlich der Ausbau der Organisation.

Aus den Stadtparlamenten.

Bamberg. Der Finanzausschuß genehmigte in seiner letzten Sitzung für Wohnaufbesserung der städtischen Arbeiter 18 000 Mk. Gera. Der Gemeinderat hat 8000 Mk. für Feuerungszulagen an die städtischen Arbeiter und Bureauangewandten bewilligt, nachdem vor einiger Zeit 11 000 Mk. Teuerungszulagen an die Beamten bewilligt worden sind.

Wie ernähren wir uns am zweckmäßigsten und billigsten?

Von Dr. med. Ludwig Reinhardt.

Die Frauen unserer Kollegen zerbrechen sich nicht selten den Kopf über die leidige Frage: „Was soll ich morgen kochen?“ Sie ziehen in vielen Fällen wohl gar ihren Mann zu Rate, um so zu erfahren, was seine „Lieblingsspeise“ sein könnte. Etmals werden auf der anderen Seite die Kollegen unwirsch und erklären kategorisch, mit diesen Fragen möge man sie gefälligst verschonen.

Eines ist so falsch wie das andere!

Nicht darauf kommt es an, was morgen oder in den nächsten Tagen gekocht werden soll, sondern die Aufgabe läßt sich am besten in obiger Ueberschrift zusammenfassen, wobei noch immer genügend Spielraum für den persönlichen Geschmack übrig bleibt. Ferner sollten sich unsere Kollegen durchaus nicht zu schade halten, von Zeit zu Zeit mit ihrer Frau das nicht unwichtige Gebiet der zweckmäßigen Ernährung zu besprechen.

Im Nachfolgenden entnehmen wir dem „Kosmos“, Zeitschrift für Naturfreunde, Stuttgart, einen überaus interessanten Aufsatz, den wir unseren Kollegen und deren Frauen zum aufmerksamsten Studium empfehlen. Und zwar erscheint uns das gemein-schaftliche Lesen desselben am ratsamsten. Hier können sich Theorie und Praxis wirksam ergänzen, indem der Mann die nachstehenden theoretischen Darlegungen vorliest, während die Frau an Hand ihrer praktischen Kochrezepte „die Debatte“ eröffnet.

Vielleicht fällt beim erstmaligen Lesen die Sache nicht ganz zu beider Zufriedenheit aus. Alsdann empfehlen wir mehr-maliges Studium.

Gewiß verstehen wir nicht, daß im Arbeiterbudget die Grenzen der rationellen Ernährung sehr eng gezogen sind durch die geringen Mittel. Immerhin wird sich auch in diesem Rahmen vieles von den nachfolgenden Darlegungen beherzigen lassen.

Wir hoffen jedenfalls, daß unsere durchweg schwer arbeitenden Kollegen diese Fingerringe in der Ernährungsweise aufzuffassen können, was natürlich nur geschehen kann, wenn sie in Gemeinschaft mit ihren Frauen an Hand dieses Artikels die Ernährungsfrage besprechen und für gemeinsame Durchführung sorgen.

Die Redaktion.

Nach den neuesten Untersuchungen von Prof. Max Rubner in München erhält man für 1 Mark:

	Gramm	Wärme-einheiten (Eiwert)	Stickstoffinhalt (Eiwert)
Kartoffeln	16660	18724	333
Erbsen	4168	14747	937
Brotd	6350	13492	412
Rinderfett	1042	9588	—
Juder	1100	4510	—
Grünkohl	6000	4050	200
Milch	6000	3280	165
Rote Rüben	6250	2843	94
Getrocknete Äpfel	1111	2689	10
Butter	333	2567	—
Getrocknete Karotten	714	2398	66
Hering	892	2305	194
Frische Karotten	6000	2195	53
Blumen	1000	2095	21
Trockener Winterkohl	555	1963	123
Wirsingkohl	400	1891	151
Marzipan	312	1404	29
Rindfleisch	980	1142	159
Frische Äpfel	2000	1082	8
Eier	745	1000	93
Spinat	2000	768	74
Blumenkohl	2000	712	50
Stoffsalat	2000	410	23

Sollen wir diese eigentlich für sich selbst sprechende Liste erläutern, so können wir sagen, daß also die Kartoffeln, die Hülsenfrüchte, wie Erbsen, Bohnen und Linfen, und das Brot weitaus die billigsten Nahrungsmittel sind. In der Zeit der Fleischteuerung sollen alle nicht übermäßig mit Süßsäutern gesegneten Familienväter und Familienmütter sich dessen bewußt sein, daß sie in Form von Hülsenfrüchten, speziell Erbsen, jedesmal billiger dieselbe Menge von Eiweiß für denselben Preis kaufen können, ja daß sie mit dem billigen Hering und den Seefischen überhaupt viel billiger speisen als mit dem Rindfleisch, wenn sie nun einmal von dem ihnen gewohnten und deshalb lieben und unentbehrlichen Fleischgenuß nicht lassen können.

Wed alle Wehlspeisen fettarm sind, haben sie es nur nötig, geschmälzt zu werden; dann bieten sie uns eine geradezu vollkommene Nahrung dar. Für die Kinder und alle Leute mit

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Am 13. Mai fand eine Versammlung der Straßenreiniger statt. Kollege Dittmer referierte über „Dirsch-Dundersche Gewerkschaften oder moderne Zentralorganisation“. Veranlassung hierzu war der zum zweitenmal erfolgte Anschluß des Ortsvereins Berliner Straßenreiniger an die Dirsch-Dundersche Gewerkschaftenorganisation. Der Referent schilderte eingehend die geschichtliche Entwicklung der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Mit der allezeit gepredigten Interessengemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sie aus eigener Kraft nichts erreicht. Von Jahr zu Jahr mehr bleiben darum die Dirsch-Dunderschen, trotzdem sie besonders von dem freisinnig-liberalen Unternehmertum protegirt werden, hinter den aufsteigenden Mitgliederzahlen der modernen Zentralorganisationen zurück. Soweit es sich um die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen handelt, haben die Zentralorganisationen geführt auf eine überzeugungstreue, kampfbereite Mitgliedschaft und wohlbesetzte Klassen den Kampf geführt. Demen sind auch nur die eingetretenen Erfolge zu verdanken. Diefelben Erfahrungen sind ganz besonders für die städtischen Arbeiter zu verzeichnen. Zeit mehr denn einem Jahrzehnt kämpfen die zentralorganisierten städtischen Arbeiter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ganz besonders gilt es hier gegen den Widerstand der freisinnig-liberalen Parteien die Interessen der städtischen Arbeiter zu vertreten. Diefelben Parteien, denen die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften Gefolgschaft leisten, sind da, wo sie in den Stadtverwaltungen die Macht haben, allezeit sogar bereit, die Lebenslage der städtischen Arbeiter herabzudrücken. Ihr Wahrspruch war noch alle Zeit: „die städtischen Arbeiter müssen weniger Lohn erhalten als die Arbeiter der Privatindustrie“. Besonders in Groß-Berlin haben die Dirsch-Dunderschen Parteifreunde vor lauter Wohlwollen und Harmonie noch stets auf Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse geachtet. Ein drastisches Beispiel bietet ja die Verwaltung der Straßenreinigung. Unter Zustimmung der heutigen Dirsch-Dunderschen Vereinsgrößen wurden den Arbeitern die freien Montagen genommen. Allem Streben der Kollegen nach anständiger Behandlung, besseren Arbeitsverhältnissen wurde und wird von jedem Herrn systematisch entgegen gearbeitet. Damit das gute Einvernehmen, das zwischen Direktion und jenen Leuten herrscht, gar nicht getrübt werde. Die Interessen der Arbeiter können gegen die Interessen der Verwaltung nur durch eine sich ihrer Macht und Kraft bewußte Organisation vertreten werden. — Trotz der durch Flugblätter erfolgten öffentlichen Aufforderung waren Gegner nicht erschienen. Die den

Mund in ihrem geschlossenen Kreise oder im Schutze der Direktion nicht weit genug aufreißten können, haben nicht den Mut, ihre Handlungsweise zu verteidigen. Bezeichnend ist die Tatsache, daß der Vorsitzende des Gewerkschafts, H. Kluge, selbst nichts zugunsten desselben vorzubringen weiß. Seine früher vorgetragene Behauptung, daß die im Ortsverein vereinigten Straßenreiniger sich nie im Ernstfall eines Kampfes als Klausenreißer, d. h. als Streikbrecher, gebrauchen ließen, kann jetzt mit dem Anschluß an den Gewerkschaft kaum ernst genommen werden. Die ganze scholle Art der Nichtachtung der Arbeiterinteressen und des sich feigen Tudeus vor der Direktion kam noch in dem gegebenen Bericht über die Generalversammlung der Krankenkasse zur Geltung. Das Gewerkschaftsmitglied Friedrich erstattete den Revisionsbericht für das Jahr 1907 mit den Worten: „Daß sie nichts gefunden und alles in Ordnung war.“ Troßdem vergaß derselbe den Antrag auf Dechargeerteilung zu stellen. Dies veräumte er über dem Bestreben, sich an dem früheren Revisor Kollegen Schulz zu reiben. Derselbe hatte nämlich seinerzeit das wertwändig gute Einvernehmen aufgedeckt, das zwischen Kassendirektoren und Revisoren herrschte. Das erstreckte sich sogar darauf, daß der erstere aus eigener Tasche ein Revisionsbüro spendierte. Der Antrag, die Wahlbezirke wie früher festzulegen, wurde von den Gewerkschaftsdelegierten abgelehnt. In den Abteilungsabwahlen hofft man das Mittel gefunden zu haben, die Vertreter der Organisation aus den einzelnen Körperchaften hinaus zu wählen. Die Aufsichtsorgane als Hilfstruppen für den Gewerkschaft, ein schönes Bild gemeinsamer Eintracht. Dafür, daß dann so ein Aufseher auf der einen Seite dem Gewerkschaft hülfsreiche Dienste leistet, darf er sicher sein, sich alle Schikanierungen erlauben zu dürfen. Ausdrücke wie „pennerhaft“, „lämmelhaft“ werden von den Gewerkschaftsmitgliedern anerkennend als Kosenamen empfunden. Die Zeiten, wo von „Schirm in den Rücken stoßen“ und „nicht das Anspucken wert“ die Rede war, scheinen wieder im Anzuge zu sein. Denn bei dem Gebahren der beruflichen Gewerkschaftshelden darf es keinen Kollegen wundernehmen, daß „man“ wieder anfängt, zu glauben, sich alles herausnehmen zu dürfen. Wenn die Herren Gewerkschaftsgrößen die vor den Wahlen gegebenen Versprechen durch schönen Wortbruch krönen dürfen, ohne daß die Gewerkschaftskollegen den Mut zur Kritik finden, dann wird auch die Direktion aus dieser Tatsache ihre Schlüsse ziehen. Der von den im Verbandsorganisierten Kollegen gestellte Antrag, „Unterstützung im Todesfall der Frau oder Kinder eines Mitgliedes zu zahlen“, wurde von der Direktion und den Gewerkschaftsdelegierten abgelehnt. Der Direktor handelte in Wahrung der Interessen der Verwaltung. Die Gewerkschaftsdelegierten

etwas schwacher Verdauung werden sie am besten mit Zusatz von Milch zubereitet, die nicht nur eine außerordentlich bekömmliche Idealnahrung darstellt, sondern auch, wie nur noch die Fleischbrühe, der einzige Nahrungsmittel ist, der von selbst, auch ohne sogenannten Appetitstoff, d. h. Magenjuft, der ausschließlich durch den Appetit beim Essen der Speisen abgefordert wird, im Magen verdaut wird.

Aber nicht nur für Kinder und kränkliche Leute, auch für die gesunden Erwachsenen ist die Milch eine vorzügliche und außerordentlich billige Nahrung, welche die für den täglichen Bedarf nötige Eiweißmenge immerhin noch billiger als das billige Rindfleisch, Kalb- oder Schweinefleisch, wenn auch etwas teurer als die Fischbrühe, liefert. Die Nahrungswissenschaften sollten sich bestreuen, neben den billigen Seefischen hauptsächlich die Milch als ein geradezu ideales Nahrungsmittel allen Volksschichten zugänglich zu machen.

Während die Kartoffeln, das weitaus verbreitetste, unentbehrlichste und billigste Nahrungsmittel unserer Tage, zugleich auch die kalorienreichste Speise sind, und infolgedessen zur Unschädlichmachung dieses im Uebermaße giftigen Stoffes mit reichlichem Nachsalzzusatz genossen werden müssen — nur so können sie uns überhaupt instinktiv und sind sie uns auch bekömmlich! —, so können sie deshalb besonders den Nierenkranken, wie überhaupt jugendlich garten oder kränklichen Individuen nicht gerade empfohlen werden. Für diese ist weitaus zweckmäßiger, an Stelle von Kartoffeln Reis zu essen, und zwar am vorteilhaftesten mit Milch gekocht. Der Reis ist das kalorienärmste Nahrungsmittel, das es gibt, es enthält ein Minimum dieses giftigen Stoffes. Milch und Weizenbrot enthalten schon 5 bis 6mal mehr, die Erbsen 12mal, das Rindfleisch 19mal, die Bohnen 21mal und die Kartoffeln gar 20 bis 25mal mehr Kali als der Reis, der von einer Wasserpflanze kommt, die sich dem Leben auf dem Lande im Gegensatz zu den Körnerfrüchten des Getreides noch nicht recht angepaßt hat.

Bei der Ernährung mit Reis, welche den Nieren ein Minimum von Arbeit aufbürdet, indem nur 2 Gramm Alkalisalze zur Ausscheidung gelangen, werden Nierenkranke und schwächliche Personen sich unendlich viel wohler fühlen. Bei Ernährung mit Fleisch und Brot ohne Salzzusatz scheiden wir in 24 Stunden immerhin 6 bis 8 Gramm Alkalisalze aus, bei Ernährung mit Kartoffeln jedoch und dem entsprechenden Zusatz von Nachsalz, der, wie gesagt, durchaus nötig ist, werden täglich über 100 Gramm Alkalisalze durch die Nieren getrieben und im Urin ausgeschieden. Diese

große Menge muß ja zweifelsohne mit der Zeit auch gesunde Nieren, geschweige denn schon kranke, nachteilig beeinflussen und reizen. Der Vorteil des Reises, von welchem seit Jahrtausenden die Mehrzahl der Menschheit, nämlich fast alle Völkern, leben, gegenüber der Kartoffel, die vorzugsweise von den Europäern und Amerikanern genossen wird, ist in die Augen fallend.

Ein Blick auf die Tabelle zeigt uns, daß auch der Zucker ein außerordentlich billiges Nahrungsmittel und durchaus nicht bloß Genussmittel ist. Er befriedigt in hohem Maße das instinktive Bedürfnis nach Süßigkeiten, das der unverborgene Mensch besitzt, der seine Geschmacksnerven durch gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuß und Tabakkonsum noch nicht bereits beeinträchtigt hat. Es sollen also die Hausmütter, wenn sie sparsam sein wollen, die Zuckerdose ja nicht ängstlich bewachen, sondern die Fischgenossen im Interesse ihres Geldbuckels reichlich daraus sich bedienen lassen! Dabei ist aber zu bedenken, daß der Zucker ein Nahrungsmittel und keine natürliche Nahrung ist. Es fehlen ihm vor allem die für den normalen Stoffwechsel durchaus notwendigen Nährsalze, die alle süßen Früchte, die ursprünglichsten Nahrung des Menschen, in reichem Maße enthalten. Es verarmt also der Organismus mit der Zeit an denselben, wenn er zuviel Zucker und andere nährsalzarme Speisen genießt. Deshalb sind dem reinen Zucker die eingemachten Früchte und sogar der Honig, der allerdings wenig Nährsalze enthält, weitaus vorzuziehen.

Von den Nährsalzen sind das Eisen und der Kalk neben dem Phosphor die wichtigsten. Um mit dem Eisen zu beginnen, das für die Blutbildung hauptsächlich in Frage kommt, ist zu bemerken, daß, so ideal die Milch als Nahrungsmittel im allgemeinen ist, sie den großen Nachteil hat, ganz außerordentlich arm an Eisen zu sein. Das rührt daher, daß den Jungen aller Säugtiere, mit Einschluß des Menschen, das für die Säugungszeit nötige Eisen zur Blutbildung vom mütterlichen Organismus in seinen Geweben deponiert mitgegeben wird. Es ist für den Organismus zweckmäßiger so; denn gäbe er das nötige Eisen erst in der Milch ab, so könnte dieser wichtige und kostbare Stoff im Darmkanal des Säuglings ein Raub der zahllosen Bakterien werden und, in unlösliches Schwefelisen verwandelt, demselben entzogen werden. Deshalb findet es die Natur zweckmäßiger, dem Säuglinge das für ihn nötige Eisen schon im Mutterleibe in seinen Geweben geborgen mitzugeben, damit es ihm später während der Laktationsperiode (Säugungszeit) zugute kommen und ungefährdet von ihm verwendet werden könne. (Fortsetzung folgt.)

als Harmonieapostel haben natürlich nicht den Mut, gegen den Willen der Verwaltung die Interessen der Verwaltung zu vertreten. Die Kollegen mögen bei der bevorstehenden Wahl für den Arbeiterausschuß diese Tatsachen entsprechend beherzigen.

Berlin. (Öffentliche Beleuchtung.) In einer am 7. Mai abgehaltenen Betriebsversammlung erstattete der Arbeiterausschuß Bericht von der letzten Sitzung. Der erste Verhandlungsgegenstand war: „Das Koalitionsrecht der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer“. In der Sitzung wurde eine eingehende Begründung gegeben; zugleich wurde auch ersucht, die Bestimmungen für den Arbeiterausschuß zu erweitern, wie es in der seinerzeit eingereichten allgemeinen Arbeitsordnung niedergelegt ist. Aus der Begründung, die im Protokoll klar wiedergegeben wird, ging unzweifelhaft hervor, was der Ausschuß wollte. Die Antwort, welche die Direktion dazu gibt, schließt aber weit daneben. Die Direktion hat sich einfach um die Verantwortung in Bezug auf das Koalitionsrecht gedrückt. Die Verantwortung muß auch zu schwer sein! Mit wenigen Worten teilt die Direktion mit, daß kein ausreichender Anlaß für die Erweiterung der Befugnisse des Arbeiterausschusses vorliege. Von der Gewährleistung des Koalitionsrechtes ist keine Rede. Auch hält die Direktion es nicht der Mühe für wert, den in der Sitzung gestellten und im Protokoll wiedergegebenen Antrag, daß den Arbeiterausschußmitgliedern wegen der Vertretung der Arbeiterinteressen keine Nachteile erwachsen, zu beantworten. Aus dem Schweigen der Direktion kann man die verschiedensten Schlüsse ziehen! Nun, die Versammlung war sich einig, von der Direktion eine klare und bestimmte Antwort zu fordern. In Bezug auf die Handhabung der Kontrolle hat die Direktion angeordnet, daß die Kaufen durch die Kaufzeiten von und nach den Sammelplätzen keine Störung erfahren sollen; sollten sich trotzdem noch Unbehagen herausstellen, so wird, wenn die Beschwerde zu Recht besteht, Abhilfe geschaffen werden. Die Ausbändigung einer Abschrift des Sitzungsprotokolls ist bereits erfolgt. — Ueber den Stand der Lohnbewegung berichtete Kollege Busacker. Redner gibt auch Bericht über die aufgenommene Statistik, welche als Material dem Arbeiterausschuß zu Lohnanträgen dienen sollte. Da nun gegenwärtig beim Magistrat die früheren Anträge nochmals vorliegen, so beschloß die Versammlung, momentan von der Einreichung von Lohnanträgen ab zu nehmen. — Für die jetzt verfuhrweise eingeführte Arbeitszeit konnten sich die in Frage kommenden Kollegen nicht erwärmen; auch nicht für die eventuell gedachte Zeit von 1 Uhr mittags bis 12 Uhr nachts. Von den Freigasarbeitern, wie auch von den Arbeitern vom Niederdruckangefeld wird gewünscht, die alte Arbeitszeit von 7 bis 7 Uhr beizubehalten. — Allseitiges Wesremden erregte die Mitteilung von Kollegen, wonach sie für die Reinigung ihres Sammelplatzes selbst die Mittel aufbringen müssen. Die Reinigung hat eine Frau eines Anzünbers übernommen und muß auf Anordnung des Kontrolleurs jeder 15 Pf. pro Monat zahlen. Ob der Kontrolleur auch seinen Eubolus entrichtet?

Frankfurt a. M. Eine hartbesuchte Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am Donnerstag, den 7. Mai, im großen Saale des Gewerkschaftsbaues. Veranlassung hierzu gab die Verschleppung der im Dezember v. J. eingereichten Forderungen, welche seinerzeit von den Stadtverordneten der sozialpolitischen Kommission überwießen wurden. Die Kommission hat aber bisher nicht das geringste über die Sache hören lassen. Auch der städtische Etat wurde erledigt, ohne daß der Forderungen der Arbeiter gedacht wurde. Das war nun den Arbeitern doch etwas zu viel, weshalb sie sich auch zu einem starken Protest aufrafften. Gauleiter Maroke und Stadtverordneter Süttmann referierten über: „Unsere Forderungen und die Ergebnisse der diesjährigen Etatberatung für die städtischen Arbeiter.“ Sämtliche Stadtverordnete waren zu dieser Versammlung brieflich eingeladen. Erschienen waren von bürgerlicher Seite die Herren Windewald, Wirkenstod und Eichstädt, vier hatten sich entschuldigt. Von unseren Genossen waren Dittmann, Süttmann und Dr. Quard erschienen. Als erster Referent wies Kollege Maroke an der Hand statistischen Materials, welches im November v. J. durch die Organisation gesammelt wurde, nach, daß die Lage der Mehrzahl der städtischen Arbeiter geradezu eine trostlose ist. Von 648 Arbeitern, die Angaben über die Löhne machten, hatten 233 einen Lohn bis zu 3,40 Mk., von 3,50 Mk. bis 3,70 Mk. 310, von 3,80 Mk. bis 4 Mk. nur 42. Also 585 Mann, worunter sich eine große Anzahl Handwerker befinden, verdienen unter 4 Mk. Ueber 4 Mk. verdienen ganze 63 Arbeiter. Die Mehrzahl der an der Statistik Beteiligten steht bis zu 5 und 10 Jahren bei der Stadt in Arbeit. Von den 648 an der Statistik Beteiligten mußten bei 240 die Frauen zum Miterwerb greifen, um die Lebensbedürfnisse für die Familie decken zu können. Nicht man die Ledigen davon ab, so ergibt das 50 Proz. der Verbeirateten. Auch die neuen Verfügungen unterzog der Redner einer gebührenden Betrachtung, die bei näherer Durchsicht in einem anderen Lichte erscheinen, als man es sonst immer von seiten des Magistrats hinzustellen beliebt. So ist z. B. die Einweisung der Arbeiter nach dem gesamten Dienstalter in die Lohnstufen von verschiedenen Betriebsverwaltungen noch nicht befolgt worden. Die Einführung von Monatslohn bedingt, wie z. B. im Hafen, wo nur der tägliche Betrag des Tagelohnes bezahlt werden

soll, eine Herabsetzung des Jahresverdienstes von 5 Mk. mit. So etwas nennt man dort Verbesserung! Der Redner kam zu dem Schluß, daß von dem 60 Millionenbet der Stadt Frankfurt für die städtischen Arbeiter außer den Profamen, die von dem Fische der Meiden fielen, so gut wie nichts abgefallen ist. Nach wie vor bleibt die Tatsache bestehen, daß die städtischen Arbeiter unter Löhnen schmachten, wie sie in der Privatindustrie nicht zu finden sind. Auch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit hat man sich nicht aufraffen können, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung bei der vorjährigen Etatberatung durch Beschluß den Magistrat ersuchte, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit vorzugehen. In kräftigen Worten forderte Kollege Maroke die Versammelten auf, hinter ihre Forderungen eine geschlossene Macht in der Organisation zu stellen, dann wird sich auch der Magistrat bequemen müssen, die städtischen Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. — Stadtverordneter Süttmann führte aus, daß die städtischen Betriebe weit davon entfernt seien, Musterbetriebe zu sein. Man hat sich viel darauf zugute getan, daß in Frankfurt die ersten allgemeinen Bestimmungen für die Arbeiter geschaffen wurden. Seitdem sind 10 Jahre verfloßen, ohne daß der Marzen vorwärts gehoben wurde, so daß Frankfurt bereits von kleineren Gemeinden überholt ist. Der Magistrat sagt, wir dürfen nicht experimentieren, das erregt nur Unzufriedenheit. In der Privatindustrie verdienen ungelehrte Arbeiter 4—4,50 Mk. Wenn sie mit 3,40 Mk. zufrieden sind, so ist das ihre Sache. Durch Wünsche läßt sich der Magistrat nicht beeinflussen. Die städtischen Arbeiter müssen die Verwaltung auch einmal vor die Alternative stellen: Streik oder Friede und Ordnung! Auch die bürgerlichen Stadtverordneten hatten die Forderungen für berechtigt, jedoch aber zurück, wenn der Magistrat sagt: Es ist kein Geld da! Die Mittel seien aber vorhanden, denn die städtischen Betriebe haben im vorigen Jahre 1/2 Millionen Mark Ueberschüsse abgeworfen. Der Redner ermahnte die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen und vor nichts zurückzuschrecken, dann würden auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten das ihrige tun. Weiden Rednern wurde mit Begeisterung zugestimmt. In der Diskussion schilderte ein ergrauter Kollege, welche Schwierigkeiten ihm gemacht wurden, um ihm zusehende 20 Pf. zu erhalten. Genosse Dr. Quard, der mit Weisfall empfangen wurde, bat, das Maßfassen zu unterlassen, denn damit sei nichts getan. Die städtischen Arbeiter sollen lieber dafür sorgen, daß ihre Organisation mehr Fortschritte macht. Wenn das nicht besser würde, könnten sie gar keinen Kampf wagen. Er hätte bald keine Lust mehr, für Leute einzutreten, die nicht im geringsten bereit wären, auch für ihre Sache Opfer zu bringen. Das möchten sich die städtischen Arbeiter einmal alle ins Gedächtnis prägen. D. V. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß in den mit Wirkung vom 1. April l. J. herausgegebenen Abänderungsbestimmungen einige Vorteile in sozialer Hinsicht für die städtischen Arbeiter enthalten sind. Jedoch ist die Bestimmung auf Einweisung in die Stufe der Lohnstufen nach dem unständigen und ständigen Dienstalter bis jetzt von verschiedenen Betriebsverwaltungen nicht befolgt worden. Auch die teilweise Einführung von Monatslohn hat den Arbeitern die gefohnte Verbesserung nicht gebracht, da in vielen Fällen nur der Woche Betrag des Tagelohnes bezahlt wird, was eine Herabsetzung des Jahresverdienstes zur Folge hat. Eine finanzielle Verbesserung für die Allgemeinheit der städtischen Arbeiter ist daher so gut wie gar nicht eingetreten. Die Mehrzahl derselben muß noch nach wie vor mit einem Lohn von wöchentlich 19 bis 20 Mark verfechten auszukommen, was bei den teureren Lebensverhältnissen in Frankfurt a. M. ganz entschieden zu gering ist. Die Versammelten bedauern es daher auf das allerlebhafteste, daß die im Dezember vorigen Jahres eingereichte Eingabe noch zu keinem Ergebnis geführt hat, und erklären, an den gestellten Forderungen, die nur das mindeste, was eine Arbeiterfamilie zum Leben braucht, enthalten, unbedingt festzuhalten. Sie erwarten daher von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, daß die in der Eingabe enthaltenen Forderungen in aller Kürze erledigt werden, damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter zum mindesten den in der Privatindustrie üblichen gleichkommen. Ferner erblidt die Versammlung nur in der Organisation, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ihre berufene Vertretung, weshalb sich jeder der Anwesenden verpflichtet, mit allen Kräften für die Stärkung derselben einzutreten. Sie beauftragt die Verbandsleitung, diese Resolution dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten. Nachdem noch Herr Eichstädt erklärte, daß auch er ein warmes Herz für die städtischen Arbeiter habe, weil er selbst früher Arbeiter war, und Kollege Maroke nochmals kräftig zur Stärkung der Organisation aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung. Nun hat der Magistrat das Wort.

Wörth. In der am 6. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Freißler-Tresden über: „Die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes und die Pflichten der Mitglieder in Unterstützungsjahren.“ Der Redner wies darauf hin,

wie es sich notwendig gemacht habe, Einrichtungen zu schaffen, die die Mitglieder dauernd an ihre Organisation fesseln. Von Jahr zu Jahr kommen immer mehr Gewerkschaften zu neuen Unterstüßungseinrichtungen für Krankheit und Arbeitslosigkeit. Man ist noch weiter gegangen, indem man auch für die Ehefrauen der Mitglieder eine Sterbeunterstützungsbeihilfe eingeführt hat. Auch der Gemeindefacharbeiterverband ist mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung, welche am 1. Oktober 1907 in Kraft getreten ist, ein weiteres Stück auf diesem Gebiete vorwärts gegangen. Die Mitgliederzahl hat sich seitdem fast verdoppelt. Der Referent legte es den Kollegen ans Herz, genau die Vorschriften des Statuts umzusetzen, damit kein Mitglied seiner Rechte verlustig gehe. In der Diskussion wurde ein Fall erwähnt, wo ein Kollege im Dezember vorigen Jahres arbeitslos geworden war und dann Ende März dieses Jahres beim Kassierer die Arbeitslosenunterstützung für diese Zeit verlangte, was ihm selbstverständlich verweigert werden mußte. Der Fall beweist, daß sich viele Kollegen sehr wenig um das Statut kümmern. Es wurde sodann das diesjährige Kinderfest debattiert und beschlossen, dasselbe am 21. Juni im Garten des Café Rosenhain abzuhalten. Unter sonstigen Verbandsangelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß die Mitglieder sehr viel intensiver betrieben werden müßte, denn hier liegen die Lohnverhältnisse bei den städtischen Arbeitern sehr im arge. Beschlüsse wurde, in nächster Zeit ein Flugblatt, worin die örtlichen Verhältnisse geschildert werden, zu verbreiten, und, wenn möglich, eine Hausagitation vorzunehmen.

Lichtenberg. Eine stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter fand am 14. Mai im „Artenprinzengarten“ statt, um gegen die Ablehnung ihrer Anträge zum Etat 1908 Protest zu erheben. Zu dieser Versammlung waren sämtliche Stadtverordnete eingeladen. Erschienen waren nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Von den Bürgerlichen war trotz der Einladung niemand erschienen. Entweder drückt die Herren das schlechte Gewissen ob ihrer Abstimmung, oder sie halten es unter ihrer Würde, zu Arbeitern herabzuseigen. Wir stehen ja nicht vor den Reichstagswahlen, sondern vor Massenwahlen, und da wählen sich die Herren wohl geborgen hinter ihrem Geldsack. Auch die Beamtenvertreter, bei denen dies weniger zutrifft, hatten es nicht für nötig befunden, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Allerdings war ihnen gegenüber die Stadtverordnetenversammlung freigelegter. Hat es die bürgerliche Mehrheit doch fertiggebracht, kurz nachdem alle Anträge der Arbeiter rundweg abgelehnt worden waren, den Unterbeamten und Lehrern Feuerungs- bzw. Gehaltszulagen von 100–200 Mark zu bewilligen. Nachdem Kollege Polenske über die Ablehnung der Forderungen gesprochen, wurde seitens der Genossen Spielermann, Brühl und Grauer das ganze arbeiterfeindliche Verhalten der bürgerlichen Mehrheit gebührend gekennzeichnet. Die sämtlichen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden ohne Diskussion niedergestimmt. Trotzdem für einzelne Kategorien von städtischen Arbeitern, wie z. B. bei den Friedhofsarbeitern, noch Tagelöhne von 2,50 Mark bestehen. In den kommunikativen Betrieben besteht für Maschinenisten und Zeichner noch die 24stündige Wechselsschicht. Die Betriebsarbeiter der Gasanstalt haben nur alle 14 Tage eine 24stündige Ruhepause, entgegen den Verfügungen der Gewerbeinspektion, wonach für derartige Betriebe alle 14 Tage eine 24stündige Ruhepause vorgeschrieben ist. Die Ablehnung der Anträge erfuhr die schärfste Kritik. Die Versammelten ersuchten die städtischen Kollegen durch einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution eine nochmalige Prüfung der Anträge vorzunehmen, bis zur endgültigen Regelung aber den Arbeitern gleich den Beamten eine Feuerungszulage zu gewähren: „Die heute am 14. Mai im „Artenprinzengarten“ versammelten Arbeiter sämtlicher städtischen Betriebe Lichtenbergs bedauern auf das tiefste, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1908 die eingereichten Anträge auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — insbesondere die Anträge auf Zahlung von Wochenlöhnen — keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Versammelten erheben schärfsten Protest gegen die Ablehnung ihrer bescheidenen Forderungen. Die Ablehnung erscheint uns so unverständlich, als die städtischen Kollegen in Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerung den nachstehenden Beamten und Lehrern Feuerungs- beziehungsweise Gehaltszulagen bewilligt haben. Die Versammelten stellen fest, daß die städtischen Arbeiter in noch erheblicherem Maße unter der Teuerung zu leiden haben. Die heute gezahlten Löhne reichen nicht im entferntesten aus, das Haushaltsbudget der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Die Versammelten erwarten daher, daß der Magistrat sowohl wie das Stadtverordnetenkollegium erneut in eine Beratung der von den Arbeitern eingereichten Anträge treten wird. Bis zur definitiven Regelung der Lohnverhältnisse ersuchen die Versammelten, allen städtischen Arbeitern, gleich den städtischen Beamten, eine Feuerungszulage zu gewähren, um ihre außerordentliche Notlage etwas zu erleichtern.“

Lübeck. In der Versammlung vom 8. Mai gab der Kassierer Kollege Jäschl zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal 1908. Ihm wurde Entlastung erteilt. Es wurde bei der Abrechnung noch von verschiedenen Kollegen Mängel erhoben, daß manche Kollegen sich sträubten, die 10 Pf. Mark zu geben in jedem Monat. — Alsdann gab Kollege Kempische den Marktbericht. Zur Auf-

nahme des früheren Mitgliedes Eggés gab Kempische die Gründe an, warum diese abgelehnt werden müsse. Es wurde einstimmig beschlossen, die Aufnahme abzulehnen und den Marktdelegierten wurde der Auftrag gegeben, dies im Kartell bekannt zu machen. Zum Stiftungsfest waren noch einige Punkte zu erledigen. Es findet am 18. Juni im Tiergarten statt.

Spandau. Am 2. Mai d. J. fand für alle städtischen Arbeiter und Handwerker im „Roten Adler“ eine Versammlung statt. Trotzdem diese Versammlung in drei Zeitungen bekanntgegeben wurde, war der Besuch doch verhältnismäßig zu schwach. Das Gros der Arbeiter ist eben noch sehr indifferent. Sie wissen den Wert der Versammlungen noch nicht zu schätzen. Ein Teil derselben hat sich dem Lokalverein angeschlossen. Sie schützen vor, dieselben Interessen zu vertreten wie unser Verband. Daß das nur Klunker ist, daran zweifelt kein denkender Mensch. Jedenfalls werden sie mit der Zeit eines Besseren belehrt, denn durch die Bildung solcher kleinen Vereine, die für Arbeiter gar keinen Zweck haben, wird nur Zwietracht und Uneinigkeit in die Reihen der Kollegen getragen. Dies kann nur dem Arbeitgeber zum Nutzen gereichen. Daher sollten die Kollegen endlich zum Bewußtsein kommen und sich alle dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen. Je eher das geschieht, desto besser für sie. — Am 14. d. Mts. fand unsere Mitgliederversammlung statt. Im allgemeinen sprachen die Kollegen ihre Verwunderung darüber aus, daß, trotzdem der Magistrat beschlossen hat, es soll vom 1. April d. J. ab für die Arbeiter der Gasanstalt Kaffee verabreicht werden, ihnen derselbe bis heutigen Tages noch nicht gewährt wird. Mit Recht stellte ein Kollege die bescheidene Frage, ob der Magistrat mit der Verabfolgung des Kaffees solange warten will, bis der Sommer vorüber ist. Jedenfalls sorgt die maßgebende Instanz dafür, daß dieses Getränk sobald als möglich zur Einführung gelangt, damit die Arbeiter während ihrer Arbeit nicht auf den Alkohol angewiesen sind. Beschlissen wurde, dem Beitragsammler für jede verkaufte Marke ab 1. April d. J. 1 Pf. zu gewähren. Desgleichen daß am 4. Juli in Steinebachs „Vollgarten“-Bauernfelde unter 1. Stiftungsfest stattfindet. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen für einen regen Besuch sorgen.

Stettin. Vom 3. bis einschließlich 7. d. M. fanden unsere Betriebsbesprechungen statt. Im Verhältnis zu der großen Arbeiterzahl, die der hiesige Magistrat beschäftigt, hätten die Besprechungen freilich weit besser besucht sein können. Leider ist aber das Meer der gleichgültigen Kollegen noch zu groß, um den Wert des Besammlungsbesuches zu würdigen. Der übermäßige Schnapsgenuss trägt auch seinen Teil hierzu bei. Durch das übermäßige Schnapstrinken werden die Kollegen geistig faul und träge. Sie sind daher für die Organisationsbestrebungen nur wenig empfänglich. Deshalb auch die gegenseitige Verklammerung bei ihren Vorgesetzten. Denn die Uneinigkeit unter den Arbeitern ist leider ziemlich groß. Wie wäre es sonst überhaupt möglich, daß der Aufseher Rüd die unterstellten Straßeneiniger mit den unwürdigen Titulationen traktiert. Sagte er doch: „Lieber will ich Schweine hüten als mit einer solchen Sorte von Menschen arbeiten!“ Ähnlich unanständige Worte fallen mehr. Auch das „Antreiben“ versteht dieser Herr sehr gut. Ist doch vor nicht allzulanger Zeit ein Kollege durch übermäßige Anstrengung erkrankt, so daß noch gar keine Aussicht auf Genesung vorhanden ist. Auch der Aufseher Prupke verhält sich zu seinen Arbeitern nicht immer lobenswert. Vor allem hat er es sehr auf die Danziger verteilt abgesehen. — Im Reichhofsarbeiter haben die Arbeiter unter dem Druck vieler Vorgesetzten zu leiden. Wer sich nicht allen ihren Wünschen fügt, der hat auf Vorsehung keine Aussicht. Die Folge davon ist, daß, wenn einmal ein etwas „gehobener“ Posten zu besetzen ist, gleich 40 und noch mehr Mann darauf reflektieren. Kein Wunder, wenn hier die Verschmarokereien nicht gering sind. Für beide genannten Betriebe wurden den Arbeiterauschüssen Anträge überwiesen. Trotzdem für das Gas- und Wasserwerk die Neuwahl des Ausschusses schon am 1. April dieses Jahres stattfinden sollte, ist sie heutigen Tages noch nicht vollzogen. Die Friedhofsarbeiter werden ihrem Arbeiterauschuss in der nächsten Versammlung Anträge unterbreiten. Dazu ist notwendig, daß diese Versammlung von allen Garten- und Friedhofsarbeitern gut besucht wird. Würden sich die Kollegen statt an den Arbeitervereinen und sonstigen kleinen Vereinen, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen, dann ständen sie in vielen Fällen besser da. So aber zersplittern sie ihre Kräfte und tragen somit zur Uneinigkeit unter den Arbeitern bei. — Sehen wir trotzdem alles daran, damit es in nächster Zeit besser

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Aus den Geschäfts- und Jahresberichten.

Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen. Dem Geschäftsbericht pro 1906–1907 entnehmen wir u. a. folgendes: In der Berichtsperiode 1906–1907 fanden insgesamt 171 Streiks, Ausperrungen und Bewegungen ohne Arbeitseinstellung statt, an denen insgesamt 11 447 Personen beteiligt

waren. Von diesen 171 Bewegungen waren 55 Streiks und Aussperrungen und 116 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. Der wöchentliche Beitrag wurde in der Berichtszeit von 35 Pf. auf 50 Pfennig erhöht. Die Gesamteinnahme betrug 548 967 Mk., die Gesamtausgabe 571 418 Mk. Der Klassenbestand der Hauptklasse fiel von 80 415 Mk. auf 57 964 Mk. Auch das Unterstützungs- und wesen stellte bedeutende Anforderungen an die Hauptkasse. Es wurden verausgabt für: Reiseunterstützung 25 193 Mk., Ortsunterstützung 78 460 Mk., Familienunterstützung 1229 Mk., Umzugsentschädigung 13 621 Mk., Notstandsunterstützung 1618 Mk., Sterbeunterstützung 5940 Mk., Rechtschutz 2415 Mk., die „Vedearbeiterzeitung“, erforderte eine Ausgabe von 25 557 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 5778 im vierten Quartal 1904 auf 7874 im vierten Quartal 1907. Der Bericht sagt hierzu: Entsprechend der großen Zahl der erfolgreichen Lohnbewegungen und der Aufwendung großer finanzieller Mittel, kann die Steigerung der Mitgliederzahl kaum als genügend angesehen werden. Es dürfte das auf die mangelhafte Fortsetzung der Agitation zurückzuführen sein. Die letzte Generalversammlung dieses Verbandes verweigerte dem Zentralvorstand leider die Mittel zur Anstellung von besoldeten Gauleitern. Ein großer Teil der an den Lohnbewegungen Beteiligten ging infolge der mangelnden Agitation und Aufklärung als Mitglieder wieder verloren. Im ganzen legt aber auch dieser Bericht Zeugnis ab von dem segensreichen Wirken der Gewerkschaften.

Das kämpferischste Jahr hat der Holzarbeiterverband hinter sich. Nicht weniger als 3 123 343,91 Mk. hat er für Streikunterstützung ausgeben müssen! Er hat aber auch große Erfolge erzielt. Nach dem Vorstandsbericht hat der Verband im Jahre 1907 durch Lohnbewegungen, Streiks usw. 21 664 (36 570) Kollegen zu einer Arbeitszeitverkürzung um 2,6 Wochenstunden und 44 300 Kollegen zu einer Lohnerhöhung von 1,45 Mk. pro Woche oder 75 Mk. pro Jahr verholfen. Gewiß ein glänzendes Ergebnis, berücksichtigt man, daß der Verband durch den Schwarzarbeiteranschlag in außerordentlich starkem Maße finanziell engagiert war. Dabei hat der Verband auch mit erhöhten Ausgaben für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung zu rechnen, und zum ersten Male im Jahre 1907 kam die Krankenunterstützung zur Auszahlung. Neben der enormen Streikunterstützung hat der Verband allein aus der Verbandskasse für Reiseunterstützung: 118 541 Mk., Arbeitslosenunterstützung: 176 102 Mk., Krankenunterstützung: 175 833 Mk., Gemäßigtenunterstützung: 32 801 Mk., Sterbefallunterstützung: 43 407 Mk., Umzugsunterstützung: 36 700 Mk., Notfallunterstützung: 6115 Mk., Rechtschutz: 24 801 Mk. verausgabt. Trotz dieser enormen finanziellen Anforderungen an den Verband ist das Verbandsvermögen gestiegen. Und zwar von 2 334 799 Mk. im Jahre 1906 auf 2 712 300 Mk. im Jahre 1907. Es erhöhten sich die Fonds der Verbandskasse von 1 294 677 Mk. auf 1 814 188 Mk. Trotz einer Gesamtausgabe für Streiks in Höhe von 3 123 343 Mk. konnte der Verband seine Fonds erheblich stärken.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat nach der soeben veröffentlichten Abrechnung vom vorigen Jahre: 1 213 608 Mk. als Streikunterstützung ausgegeben. Der Verband ist in 22 Gaue eingeteilt, die zusammen 197 066 Mitglieder zählen. Der Gau Berlin steht mit 39 226 Mitgliedern, wovon auf Berlin selber 12 156 kommen, an der Spitze. An zweiter Stelle folgt der Gau Leipzig mit 22 836 Mitgliedern. Neber 10 000 Mitglieder haben die Gaue Frankfurt a. M. (11 083), Hamburg (13 737), Mannheim (13 221), Dortmund (10 197) und Hannover (10 376). Interessant ist die Verteilung der Streikunterstützung auf die einzelnen Gaue. Von den 1 213 608 Mk. kommen auf die Gaue Berlin 658 882, Erfurt 135 136, Leipzig 101 824, Mannheim 65 111 und Hannover 56 335 Mk. Auf die Stadt Berlin allein kommen von den Hauptkassengeldern für Streiks und Pausperrn 631 395 Mk., während die Einnahmen und Extrabeiträge Berlins 340 469 Mk. ausmachten. Die Streikunterstützung, auf alle Mitglieder berechnet, ergibt pro Kopf rund 6,16 Mk. Nimmt man Berlin für sich, so kommen hier auf ein Mitglied rund 52 Mk., auf alle übrigen Mitglieder außerhalb Berlins 3,11 Mk. In die Hauptkasse landten sämtliche Zweigvereine 2 587 025 Mk., ein oder pro Mitglied 13,13 Mk. Der Zweigverein Berlin lieferte dagegen 73 322 Mk. oder 6,03 Mk. pro Mitglied an die Hauptkasse ab. Veranlaßt ist diese verschiedenartige Gestaltung von Leistung und Gegenleistung in Berlin und in anderen Zweigvereinen durch die großen Kämpfe im Berliner Baugewerbe.

Einen guten Jahresbericht kann auch der Verband der deutschen Buchdrucker erstatten. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1907 49 454, am Schlusse desselben Jahres 53 529, so daß der effektive Mitgliederzuwachs im Jahre 1907 4071 beträgt. Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der organisationsfähigen Gehilfen immer geringer wird, so ist dieser Mitgliederzuwachs um so bedeutungsvoller, namentlich im Hinblick auf die Tatsache, daß der effektive Mitgliederzuwachs im Jahre 1906: 3971 und im Jahre 1905: 3904 betrug. Die Zahl der Druckorte, in welchen am Jahreschlusse Mitglieder beschäftigt wurden, betrug 1503 gegen 1391 in 1906 und 1323 in 1905. Ein beachtenswerter Zuwachs, der vor allem in der Frage der Agitation zu berücksichtigen ist. Die Klassenverhältnisse in der Hauptkasse hatten auch im

Berichtsjahre eine fortschreitende Entwicklung aufzuweisen. Dem Rechenschaftsbericht war ein Bestand von 5 217 413 Mk. vorgetragen worden. Zu diesem verzeichnete der Verband in seiner Hauptklasse im Jahre 1907 an Beiträgen 2 761 648 Mk., an Eintrittsgeld 5275 Mk., an sonstigen Einnahmen 328 421 Mk., so daß die Gesamteinnahmen 8 312 758 Mk. betragen. Diesen Einnahmen stehen an Ausgaben gegenüber: Reiseunterstützung 142 671 Mk., Arbeitslosenunterstützung am Orte 544 722 Mk., nach § 2 und Umzugslosten 49 077 Mk., Krankenunterstützung 806 554 Mk., Invalidenunterstützung 251 369 Mk., Begräbnisgeld 69 361 Mk., so daß mit einem Saldobortrage von 6 262 090 Mk. für das neue Geschäftsjahr sich im verflochtenen Geschäftsjahre ein Ueberschuß von 1 044 677 Mk. ergibt. Das Gesamtvermögen des Verbandes setzt sich am 31. März 1908 wie folgt zusammen: Klassenbestand in der Hauptkasse 6 262 090 Mk., in den Gau-, Bezirks- und Ortsklassen (hier nach dem Stande vom 31. Januar 1908) 2 167 551 Mk., in der Zentralinvalidenkasse in Ligu. 112 832 Mk., so daß die pekuniären Mittel des Verbandes die Summe von 8 472 473 Mk. repräsentieren, ein stolzes Zeugnis von dem wirtschaftlichen Erfolge einer gewerkschaftlichen Organisation.

Der Textilarbeiterverband hat in der Berichtsperiode 1906/1907 einen Mitgliederzuwachs von 48 632 zu verzeichnen. Nach Prozenten berechnet ist die Mitgliederzahl innerhalb der letzten Geschäftsperiode um 62,5 Proz. gestiegen. Die Fortschritte, welche die Organisation bei den Arbeiterinnen gemacht hat, sind recht erheblich. Nach männlichen und weiblichen Mitgliedern getrennt beträgt die Zunahme bei den weiblichen 79,2 Proz., bei den männlichen nur 54 Proz. — Eine bemerkenswerte Agitation wurde mit Hilfe der „Gleichheit“ durchgeführt. Beabsichtigt war die Gewinnung von Verbandsmitgliedern und Abonnenten für die „Gleichheit“. Die „Gleichheit“ wurde in einer Auflage von 270 000 Exemplaren verbreitet und hatte die Redaktion eine eigens zu diesem Zweck erarbeitete Agitationsnummer herstellen lassen. Es war das erste Mal, daß der Vorstand des Textilarbeiterverbandes eine solche Agitation für seine Mitglieder angeordnet hatte. Der Zeitpunkt war, wie sich später herausstellte, etwas unglücklich gewählt. In vielen Orten waren die Partei- und Verbandsmessen durch die um jene Zeit fast überall stattfindenden Gemeindevahlen stark in Anspruch genommen und konnte deshalb die Hausagitation nicht genügend intensiv betrieben werden. Trotzdem sind beachtenswerte Erfolge erzielt worden. Die Zusammenstellung der beim Verbandsvorstand eingegangenen Meldungen ergibt einen Mitgliederzuwachs von 317. Für die „Gleichheit“ wurden 1646 neue Abonnenten gewonnen. In diesen Zahlen kommt jedoch nicht der Gesamtgewinn zum Ausdruck. Eine Anzahl Orte hat wohl die Hausagitation durchgeführt, über das Ergebnis aber nicht berichtet. Wie die Neubestellung der Nachblätter ergeben hat, erhöhte sich der Mitgliederbestand des Verbandes um rund 5000. Ein hoher agitatorischer Wert liegt schon in der Verbreitung der 270 000 Exemplare der „Gleichheit“. Manche Arbeiterin, die bisher von der Erteilung einer so ausgezeichneten proletarischen Frauenzeitung keine Ahnung hatte, ist jetzt darauf aufmerksam geworden.

Rundschau.

Das neue Reichsvereinsgesetz ist am 15. Mai in Kraft getreten. Nimmere können alle über achtzehn Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts auch an politischen Versammlungen teilnehmen. Die Einberufer oder Leiter der Versammlungen sind nicht verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß Personen unter 18 Jahren keinen Zutritt haben. Eine Versammlung darf deshalb nicht aufgelöst werden, weil etwa Personen unter 18 Jahren an ihr teilnehmen. Diese Personen sehen sich aber bei der Teilnahme an politischen Versammlungen der Bestrafung aus. Wesentliche politische Versammlungen müssen mindestens 24 Stunden vor ihrem Beginn bei der Behörde angemeldet werden. Zuständig sind die gleichen Behörden wie bisher. Die Behörde hat sofort eine kostenfreie Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung zu verabsorgen. Diese Bescheinigung muß der Einberufer der Versammlung bei der Eröffnung zur Hand haben. Der Einberufer kann auch eine andere Person mit der Eröffnung beauftragen, die aber auch im Besitze der Bescheinigung sein muß. Bei der Versammlungsanmeldung ist fortan nur noch der Tag, das Datum nebst Jahreszahl, der Beginn der Versammlung, der Ort und das Votat anzugeben, wo die Versammlung tagen soll. Die Anmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung ist überflüssig, wenn die Versammlung in den Zeitungen bekanntgemacht wird, die von den Behörden dazu bestimmt werden. Die Bekanntgabe in einer der namhaft gemachten Zeitungen genügt. Der öffentliche Anschlag von Plakaten, die die Bekanntgabe der Versammlung enthalten, genügt gleichfalls, aber nur dann, wenn die Plakate an den von der Behörde bestimmten Orten angebracht werden. Die Zeitungs-

nummer, die solche Versammlungsanzeigen enthält, muß mindestens 24 Stunden vor dem Versammlungsbeginn an dem Orte der Tagung zur Ausgabe gelangen. Das Zeitungsinserat oder Plakat muß von dem Veranstalter der Versammlung mit vollem Namen und unter Angabe des Wohnortes und der Wohnung unterzeichnet werden. Die Vereinsversammlungen der politischen Vereine brauchen nicht mehr angemeldet zu werden. Auch in diesem Falle ist eine öffentliche Einladung nicht nötig. Versammlungen unter freiem Himmel müssen mindestens 24 Stunden vor dem Beginn angemeldet werden. Für solche Versammlungen ist eine Genehmigung notwendig. Daß in öffentlichen Versammlungen ein Bureau gewählt werden muß, ist nicht vorgeschrieben. Der Einberufer kann die Versammlung selbst leiten oder ein Bureau wählen lassen oder auch die Leitung einer anderen Person übertragen. Weder die politischen noch die anderen Vereine brauchen fortan die Mitglieder anzumelden. Nur die Vorstandsmitglieder sind anzumelden. Auch die Statuten müssen eingereicht werden. Versammlungen der Gewerkschaften, in denen keine öffentlichen politischen Angelegenheiten verhandelt werden, sondern nur Fragen der Organisation, oder in denen über Streiks oder Aussperrungen geredet werden soll, bedürfen keiner Anmeldung, auch ist die öffentliche Einladung nicht nötig. Dasselbe gilt für alle übrigen nichtpolitischen Vereine, wie z. B. Turn- und Gesangsvereine usw. Am übrigen wird in den nächsten Tagen unsern sämtlichen Verbandsbeamten sowie den Filialen je ein Exemplar des neuen Vereinsrechts mit Erläuterungen von Wolfgang Deine zugestellt werden. Aus diesem Grunde haben wir den Abdruck des Gesetzes unterlassen. Wir ersuchen aber alle Verbandsfunktionäre, sich alsdann unverzüglich mit den neuen Bestimmungen vertraut zu machen und die bezüglichlichen landesgesetzlichen Ausführungsbestimmungen zu beachten.

Hamburger Staatsarbeiter werden zur Streikarbeit kommandiert! Durch den gegenwärtigen Aufstand in Hamburg sind auch einige Betriebe des hantwärtigen Staates in Mitleidenschaft gezogen. An mehreren Betrieben stellen die Unternehmer Heidmann und Ohl Pferde und Kutscher. Die betreffenden Kutscher streiken und so werden die Pferde nach der betreffenden Betriebsstelle gebracht und Staatsarbeitern befehlt man nun, an Stelle der Aushändigen auf den Hof zu steigen. So ist es bei den Sprengwagen der Straßenreinigung und auch auf der Stadtwasserfunkt. Ebenso war es auch beim Streik der Steinmehlen. Dort hatte der Unternehmer Schünemann keine Leute mehr und flugs wurden Steinbauer der ersten Ingenieurabteilung kommandiert, die Arbeit der Streikenden weiter zu machen. Man sagte diesen, daß es "Staatsarbeit" sei, und bei der Straßenreinigung beruft man sich auf die Arbeitsordnung. Nun handelt es sich aber nicht um Staatsarbeit, die in eigener Regie des Staates ausgeführt wird, sondern um Arbeit, zu deren Ausführung ein Unternehmer sich kontraktlich verpflichtet hat. Wie kommen nun die Behörden dazu, ihre Gewalt, die sie über Staatsarbeiter haben, zum Vorteil der Unternehmer anzuwenden? Warum wird von den Unternehmern nicht die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten verlangt? Warum werden die Unternehmer nicht wegen Nichterfüllung ihres Vertrages von diesem kurzerhand entbunden? Es ist ein Skandal ohnegleichen, daß die Hamburger Behörden nicht mehr Rücksicht auf streikende Arbeiter nehmen und, dem Unternehmern kessringend, die Ehre der Staatsarbeiter in den Tred treten, indem sie diese zwingen, Streikarbeit zu verrichten.

Proletariatslos. Am linken Elbufer unterhalb der Bieschauer Fähre wurde vorgerstern in der 7. Stunde die Leiche eines Tiefbauarbeiters aus der Elbe gezogen und behördlich aufgehoben. Es liegt Selbstmord vor. Der Beweggrund ist unbekannt. — So meldet trocken der Dresdener Polizeibericht. Der Beweggrund ist unbekannt, heißt es. Nein, er ist nicht unbekannt. — Arbeitslosigkeit, die Sorge um die Existenz ist es, die den 63 Jahre alten Mann in den Tod getrieben hat. Der Verstorbenen war unser Verbandsmitglied Fischer. Er war seit langen Jahren beim Rat zu Dresden, Tiefbauamt, beschäftigt. Wie so viele andere auch, war er seit Dezember arbeitslos, er mußte mit ausziehen. Erst am 21. April, also nach vier Monaten, erhielt er wieder Beschäftigung, aber nicht beim Tiefbauamt, sondern bei einer Privatfirma, welche für die Stadt Kadadamitrafen ausführt. Eine Anzahl anderer langjähriger Tiefbauarbeiter sind ebenfalls an diese Firma gewiesen worden. Beim Tiefbauamt, wo sie so viele Jahre ihre Kräfte zur Verfügung stellten, wollte man sie anscheinend los sein, sonst hätte man sie doch einstellen können. Bei der Privatfirma war Fischer auch nicht lange beschäftigt, er wurde bald wieder entlassen, die anderen folgten später. Die Firma stellte aber österreichische Arbeiter dafür ein! All dies hat sich unser Kollege Fischer zu Herzen genommen und er entschloß sich, freiwillig aus dieser schönen Welt zu scheiden. Dieser Fall zeigt so recht wieder einmal, wie es dem alten Arbeiter ergeht. Wenn seine Arbeitskraft verbraucht ist, wird er achlos beiseite gedrängt. Auf

der anderen Seite aber, da macht man ein großes Aufhebens von der gesicherten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter und was dergleichen Redensarten mehr sind.

Ein verlockendes Inserat befindet sich im Inseratenteil des „Liebauer Wochenblattes“. Der Magistrat sucht einen Nachtwächter. Rare 400 (vierhundert) Mark lassen es sich die guten Bürger kosten, um einen Mann anzustellen, der ihnen das ganze Jahr, in 365 Nächten, behilflich ist, den Schlaf der Gerichten zu schlafen. 1 Mk. 2½ Pf. zahlt der wohlweise Magistrat einem Beamten, der dazu noch besonders qualifiziert sein soll, für eine Nacht. Das ist mehr als splendid!

Briefkasten.

W. Freiburg i. Br. Die vom Koll. A. Mohs abgehaltenen Versammlungen werden in einem zusammenfassenden Bericht veröffentlicht. B. Gr.! E. D.

Anzeigen

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|
| Josef Baldowski, Berlin
† 19. April 1908 im Alter von 47 Jahren. | Karl Kirchhoff, Hamburg
† 3. Mai 1908 im Alter von 57 Jahren. |
| Jonis Belkmann, Dresden
† 27. April 1908 im Alter von 48 Jahren. | H. Kanther, Ludwigshafen-R.
† 4. Mai 1908 im Alter von 67 Jahren. |
| O. J. Rebertsch, Dresden
† 30. April 1908 im Alter von 35 Jahren. | Christ. Scheurer, Mannheim
† 4. Mai 1908 im Alter von 69 Jahren. |
| Anton Höpken, Bremerhaven
† 1. Mai 1908 im Alter von 34 Jahren. | Johann Crane, Nürnberg
† 5. Mai 1908 im Alter von 51 Jahren. |
| Albert Hoffmann, Berlin
† 2. Mai 1908 im Alter von 48 Jahren. | Robert Stiller, Berlin
† 5. Mai 1908 im Alter von 62 Jahren. |

Hermann Fischer, Dresden

† 6. Mai 1908 im Alter von 62 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

:: Filiale Groß-Berlin. ::

Donnerstag, den 24. Mai 1908 (Himmelfahrtstag), in den Gemächern der Brauerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16—23:

:: Großes Sommerfest ::

zum Besten des Unterstützungsfonds

Konzert :: Theatervorstellung

Konzert ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester, Kapellmeister Herr Maximilian Fischer. Aufsehen des Berliner III. Trio. Hervorragende Spezialitäten. Kineumatographische Aufführungen. Kinder-Fackelpolonäse. Stocklaternen gratis. Kinder-Beisitzungen.

Im großen Saale: **Ball.**

Herren zahlen 50 Pfennig nach. Die Damen zahlen 25 Pfennig.

Anfang 4 Uhr.

Eintritt 25 Pfennig.

Kinder in Begleitung Erwachsener frei. Bei ungünstiger Witterung finden die Aufführungen im Saale statt.

Zusammenstellung der Resultate der Delegiertenwahl zum sechsten Gewerkschafts-Kongress.

Rfd. Nr.	Ort	Abgegebene Stimmen			Auf die einzelnen Kandidaten entfallene Stimmen													
		Abgegebene	Ungültige	Gültige	Böhm	Bürger	Bäcker	Bedmann	Gläser	Marote	Rehlig	Reichstein	Reber	Rehob	Reisler	Schäfer	Schmitt	Schupp
1	Hamburg	45	—	45	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Hant Bismarckshagen	19	—	19	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	Harmen	26	1	25	—	16	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Habrecht	39	—	39	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Berlin	1608	40	1468	32	1298	16	1208	43	18	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Bielefeld	11	—	11	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Brandenburg	30	3	27	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Bremen	235	—	198	—	93	—	10	—	27	—	8	—	8	—	—	—	—
9	Breslau	65	—	64	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Chemnitz	35	—	35	—	3	—	4	—	35	—	30	—	—	—	—	—	—
11	Colmar i. G.	67	—	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Coln a. Rh.	12	—	12	—	11	—	12	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Darmstadt	21	—	20	—	9	—	6	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Dortmund	314	11	303	—	1	—	46	—	131	—	232	—	3	—	—	—	—
15	Dresden	28	—	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Düsseldorf	28	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17	Eggingen	28	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Eisenach	37	—	45	—	4	—	36	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—
19	Eiberfeld	15	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20	Eilen	16	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	Frankfurt a. M.	99	—	99	—	1	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Frankfurt	16	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Freiburg	15	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Freiburg i. Br.	98	—	84	—	—	—	1	—	98	—	—	—	—	—	—	—	—
25	Freising	20	—	20	—	—	—	20	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Friedenwalde	24	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Fürth i. B.	40	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28	Gießen	8	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Glogau	6	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Gmund. Schw.	12	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31	Göppingen	35	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Görlitz	17	—	17	—	2	—	3	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Halbe	17	—	16	—	14	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Halle a. S.	45	—	44	—	13	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35	Hamburg	1184	33	1151	230	1136	178	431	144	41	15	179	176	32	32	79	104	607
36	Hannover	60	—	56	—	33	—	14	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Heidelberg	162	—	162	—	160	—	162	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
38	Heilbronn	49	—	48	—	39	—	44	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
39	Hauerslautern	42	—	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40	Hatzenberg	134	—	134	—	133	—	134	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
41	Helmstedt	153	—	150	—	21	—	118	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Helmstedt	148	—	148	—	147	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Helmstedt	211	—	200	—	54	—	27	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—
44	Hildesheim	19	—	19	—	15	—	27	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—
45	Hildesheim	19	—	19	—	19	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
46	Hildesheim	203	—	202	—	201	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
47	Hildesheim	67	—	66	—	35	—	61	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
48	Hildesheim	524	—	523	—	523	—	523	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
49	Hildesheim	32	—	31	—	6	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50	Hildesheim	92	—	92	—	91	—	90	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
51	Hildesheim	10	—	10	—	10	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
52	Hildesheim	461	—	458	—	454	—	454	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53	Hildesheim	21	—	21	—	21	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
54	Hildesheim	87	—	84	—	81	—	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
55	Hildesheim	43	—	43	—	43	—	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56	Hildesheim	9	—	9	—	9	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
57	Hildesheim	24	—	24	—	24	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
58	Hildesheim	16	—	16	—	16	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
59	Hildesheim	26	—	26	—	26	—	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
60	Hildesheim	16	—	16	—	16	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
61	Hildesheim	38	—	38	—	38	—	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
62	Hildesheim	26	—	26	—	26	—	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
63	Hildesheim	181	—	180	—	179	—	179	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Hildesheim	692	—	690	—	686	—	686	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
65	Hildesheim	44	—	44	—	44	—	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
66	Hildesheim	20	—	20	—	20	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
67	Hildesheim	54	—	54	—	54	—	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
68	Hildesheim	21	—	21	—	21	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Hildesheim	106	—	104	—	103	—	102	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
70	Hildesheim	25	—	24	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
71	Hildesheim	16	—	16	—	16	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
72	Hildesheim	42	—	38	—	10	—	19	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt		8320	145	8175	493	6257	3026	7022	705	431	144	1705	510	578	531	702	556	3111
Nachstehend die seitens des Verbands-Vorstandes beanstandeten Wahlergebnisse, welche einen Vergleich mit dem Gesamtergebnis ermöglichen.																		
73	Hildesheim	60	—	57	—	34	—	54	—	67	—	—	—	—	—	—	—	—
74	Hildesheim	10	—	10	—	8	—	1	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Hildesheim	6	—	6	—	6	—	6	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—
76	Hildesheim	41	—	37	—	5	—	33	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Hildesheim	7	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Als gewählt gelten die Kollegen H. Bürger-Hamburg und R. Bedmann-Mannheim, zwischen dem Kollegen G. Buchta-Berlin und R. Bäcker-Strasbourg hat Stichwahl stattgefunden. Stimmen erhielten noch: Sebald 52, Reihner 30, Scherer 4, Polenske, Schulz, Haase, Niße und Stenzel je 1.

Zu diesem Resultat der Delegiertenwahl ist zu bemerken: Nicht gewählt haben die Filialen: Augsburg, Braunschweig, Bremerhaven, Cassel, Eggingen, Erfurt, Erlangen, Gera, Grödenberg, Hanau, Kassel, Koblenz, Löhau, Meß, Minden, Rühlhausen i. Th., Wülheim a. d. R., Ebersburg, Ebersburg, Plauen, Pöhlitz, Rösenheim.

Für ungültig erklärt wurden die Resultate der Filialen Eberswalde, Landau, Offenbach a. M., Rostock und Sonneberg. Ertere hatte die Stimmzettel von Haus zu Haus einholen, also keinen geschlossenen Wahlakt stattfinden lassen. In Landau wurden die Stimmzettel vernichtet und dadurch die Nachkontrolle inibiert; Offenbach wählte an zwei Tagen, während nur an einem Tag gewählt werden durfte; Rostock und Sonneberg tätigte die Wahl erst am 2. bzw. 9. Mai, während doch am 25. oder 26. April gewählt werden sollte. Am Gesamtergebnis wird hierdurch jedoch nichts geändert.

Das sich ohne diese Filialergebnisse herausstellende Resultat weist insgesamt 8320 Stimmen auf, von denen 145 ungültig sind, so daß 8175 gültige Stimmen

verbleiben. Nach unserem Wahltregelement gelten als gewählt die Kandidaten, welche die absolute Majorität der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt haben, das wären also hier 4088. Diese Zahl haben nur die Kollegen H. Bürger-Hamburg mit 6257 und R. Bedmann-Mannheim mit 5022 Stimmen überschritten, während die Kollegen G. Buchta-Berlin mit 3111 und R. Bäcker-Strasbourg mit 3026 Stimmen in der Minderheit blieben. Die definitive Entscheidung ist damit nur für 2 Delegierte gefällt und hat demnach eine Stichwahl stattzufinden, die der Verbandsvorstand für den 30. und 31. Mai 1908 festgesetzt hat. Es darf aber nur an einem dieser Tage gewählt werden. Am übrigen gilt auch hier das alte Wahltregelement. Die Wahlergebnisse müssen bis zum 6. Juni d. J. in Händen des Verbandsvorstandes sein. Stimmzettel und Wahltregelement usw. gehen den Filialleitungen noch im Laufe dieser Woche zu.

Für den Verbandsvorstand. W. B. B. B.